

Volksmacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Filialstellen der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. 5 und Friedrichstr. 105, Marienstraße 100, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmt. + 8 Pf. Trägerpreis 0.50 Rmt., monatlich 1.75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 7 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Sozialdemokratische Kritik an der Kopfsteuer

Die Verhandlungen über die Notverordnung im Haushaltsausschuss des Reichstags

Der Ausschuss für den Reichshaushalt beendete am Donnerstag die Beratung über den Abschnitt Nothilfe der Notverordnung vom Juli.
Abg. Dr. Hilferding (Soz.) wies darauf hin, daß man bei der Beurteilung der Nothilfe nicht nur diejenigen Mittel berücksichtigen dürfe, welche dafür im Etat stehen, sondern, daß man berücksichtigen müsse, daß auch wichtige Maßnahmen der Sozialpolitik zum Schutz der Landwirtschaft und des Kleinhandels und daß hierbei sehr große Summen in Frage kommen. Dieser Schutz der Landwirtschaft würde sich auch im Rahmen der Nothilfe aus. Den gedruckten Entwürfen, daß an die Nothilfe auch das ostpreussische Gebiet einbezogen werden müsse, schloß er sich an. Es sei zu betonen, daß durch die Not der Zeit gerade auch das ostpreussische Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen werde.
Die Begründung eines Antrages der Nationalsozialisten, nach dem die Reichsregierung zur Sicherung der Nothilfe für die Nothilfe weitere 200 Millionen zinslos zur Verfügung stellen soll, gab Anlaß zu einer sehr heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Nationalsozialisten Dr. Albrecht und dem Sozialdemokraten Dr. Cremer. Infolge der Unklarheit und der Unklarheit der Nationalsozialisten nahm diese Auseinandersetzung zeitlich sehr heftige Formen an, ähnelte aber mehr dem elementarunterrichtlichen an einem Sezianer als einer politischen Diskussion.

Zu dem Abschnitt Gemeindesteuern sprach für die Sozialdemokratie Abg. Dr. Herz. Er wies zunächst darauf hin, daß die Sozialdemokratie nach wie vor die Kopfsteuer als unsozial und unwirtschaftlich bekämpfe. Ihre großen Erhebungsschwierigkeiten würden auch dazu führen, daß nach einiger Zeit selbst die Freunde der Steuer ihre Gegner würden. Wollte man trotzdem jetzt auf die Kopfsteuer nicht verzichten, so müßte sie erheblich geändert werden. Und zwar erstens dadurch, daß alle nicht selbstständigen Personen, sowie die Arbeitslosen, die Klein- und Sozialrentner, die Kriegsbeschädigten usw. völlig freigestellt werden müßten, wenn man es nicht vorziehe, die gleiche Freigrenze, wie bei der Lohnsteuer, einzuführen. Zweitens müßte aber auch eine andere Staffelung mit stärkerer Erfassung der hohen Einkommen geschaffen werden. Die jetzige Staffelung sei unhaltbar, weil sie die geringen Einkommen ungleich stärker belaste als die höheren. Bei einem Jahreseinkommen von 1500 Mark bedeute die Kopfsteuer für ein Ehepaar eine zusätzliche Belastung zu seiner bisherigen Einkommensteuer von 75 Prozent. Bei einem Einkommen von etwa 4500 Mark liege die Belastung bereits auf 3 Prozent, und bei 10000 Mark sogar auf 1/2 Prozent. Eine solche Staffelung sei eine Besteuerung der Leistungsschwäche, nicht aber der Leistungsfähigkeit.

Hege gegen Grimme

In den letzten Tagen hat ein Teil der Rechtspreffe immer wieder das Gerücht in die Welt gesetzt, daß die Stellung des preussischen Kultusministers Grimme erschüttert sei. Als sein Nachfolger wird der sozialdemokratische Abgeordnete des preussischen Landtags König genannt.

Was ist an diesen Gerüchten? Angeblich hat ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags zu Grimme nicht mehr das notwendige Vertrauen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auch auf den preussischen Ministerpräsidenten Braun verwiesen. Dabei hat Braun die Gerüchte über Grimme von sich aus mit aller Deutlichkeit sofort dementieren lassen. Auch was die Stellung von Grimme zur sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags anbelangt, so können wir aus genauester Kenntnis der Dinge mitteilen, daß an dem ganzen Gerücht über das schlechte Verhältnis zwischen Grimme und der sozialdemokratischen Fraktion kein wahres Wort ist.

Die Absichten, aus der bestimmte Zeitungen gegen Grimme seit Tagen loszugehen, treten in ein helles Licht, wenn man die gegenwärtige schulpolitische Lage in ihren inneren Zusammenhängen betrachtet. Nicht nur von den nationalsozialistischen, auch von der sozialdemokratischen Seite wird zum Sturm geblasen. Der frühere volksparteiliche Kultusminister Boelig hat erst vor wenigen Tagen in der „Nationalsozialistischen Korrespondenz“ gegen Grimme und seine Politik losgelegt und sein fraktionskolleges Schwarzhaupt hat im Landtag zu der Frage der Pädagogischen Akademien lebhaft referiert. In der gleichen Richtung ging die bombastische Protestversammlung, die der berühmte Führer der Philologenvereine Bolle dieser Tage in Berlin im Sinne seiner volksparteilichen Gefinnungsfreunde und unter Heranziehung aller möglichen kulturpolitisch im bürgerlichen Sinn interessierter Verbände vom Stapel gehen ließ.

Welches ist das tatsächliche Motiv dieser Aktionen? Das Bürgerium geht gegen den sozialistischen Kultusminister vor, weil es in seiner Politik und seinen Maßnahmen eine Gefahr für das bürgerliche Bildungsprivileg sieht. Darüber lassen die Protestversammlung der Berliner Philologen und die Polemik des volksparteilichen Abgeordneten und früheren Kultusministers Boelig nicht den geringsten Zweifel. Die Frage ist vor allem die, ob die Aufhebung im höheren Schulwesen so weiter gehen kann wie bisher. Wir befinden uns bildungspolitisch in einem katastrophalen Zustand, in dem das geistige Proletariat un-aushaltbar anschwillt. Im Zeichen der wirtschaftlichen Rationalisierung wird schulpolitisch ein ungeheurer Leerlauf getrieben. Dieser Zustand überträgt sich auf das Hochschulwesen. Von diesen Dingen aber ist in all den Protestversammlungen, die zurzeit von unseren Philologen unter der geistigen Führung des Volksparteilers Bolle überaus injiziert werden, nichts zu hören. Man überseht den gegenwärtigen schulpolitischen Zustand in seiner Tragweite vollkommen, obwohl die Zahl der Studenten an unseren Universitäten — allein in Berlin sind es nicht weniger als 19000 — Bände spricht.

Damit kommen wir zu dem zweiten großen Fragentempel: Die Studentenunruhen. Der preussische Ministerpräsident Braun hat in seiner Königsberger Rede bereits auf die inneren Triebkräfte dieser Unruhen hingewiesen. Aber es handelt sich bei diesen Vorgängen nicht um eine Empörung der Studentenenschaft selbst, sondern um das Werk politischer Drahtzieher, die heftige Verbitterung der parteipolitischen Ausbeuten. In Halle hat, von den Nationalsozialisten einberufen, kürzlich eine Führerkonferenz mit dem Ziele stattgefunden, zentral in alle Universitäten mit Studentenunruhen hineinzustößeln. Es war deshalb notwendig, daß der preussische Kultusminister nach dem Königsberger Vorfalle und der merkwürdigen Stellung von Rektor und Senat zu diesem Spektakel energisch durchgriff. Wie wir zu wissen glauben, wird Grimme auch in Zukunft bei ähnlichen Krawallen von den ihm zustehenden Rechten weitgehend Gebrauch machen.

Aus allen diesen Gründen liegt für die Sozialdemokratie kein Anlaß vor, in ihrem Vertrauen zu Grimme sich irgendwie erschüttern zu lassen. Je größer die Hege der Gegner gegen ihn ist, um so entschiedener wird sie sich vor ihm stellen, wird sie seine Politik und seine Maßnahmen verteidigen.

Die Verhandlungen in der Schwebe

Die Regierung versucht, eine parlamentarische Mehrheit zu finden Ergebnis noch nicht zu übersehen

In einem Teil der bürgerlichen Presse wird seit einigem Feldzug mit dem Ziele geführt, die Reichsregierung zur Aufhebung ihres Finanzprogramms durch eine Notverordnung mit dem Artikel 48 zu veranlassen. Damit den Reichstag vor vollendeten Tatsachen zu stellen. Die Propaganda für eine solche Haltung der Regierung geht von den bürgerlichen Kreisen aus, die dem Parlamentarismus ablehnend gegenüberstehen und es als ihre Aufgabe betrachten, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin zu erschweren. Zu dem Zweck wird auch behauptet, daß die Regierung bereits über solchen Maßnahmen fest entschlossen sei.

Die Verhandlungen, die in den letzten zehn Tagen zwischen der Reichsregierung und den Parteien geführt worden sind, haben den Zweck, die parlamentarische Erledigung des Finanzprogramms zu ermöglichen. Wenn es auch nicht sicher ist, daß erreicht werden wird, und ob eine Mehrheit für die Haltung der Reichsregierung im Reichstag gefunden werden wird, so hat doch die Reichsregierung bisher keine Entscheidung nach der einen oder der anderen Richtung hin getroffen. Sie beharrt zunächst lediglich darauf, daß noch vor Weihnachten diejenigen Gelegenheiten ergreift werden müssen, die der Ausgleich des Reichshaushalts dienen. Das schließt allerdings nicht die Erledigung des Haushalts für 1931 ein. Sie ist erst bis zum 31. März 1931 möglich. Auch will die Regierung die Verabschiedung des Finanzprogramms und der damit im Zusammenhang stehenden Steuervereinfachungsgeetze nur bis Ende Dezember fertigstellen.

Die Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und der Reichsregierung betrafen in erster Linie die Abänderung der Notverordnung vom Juli. Da der Widerstand der Sozialdemokratie gegen die Notverordnung vor allen Dingen sich gegen den Krankenversicherungsentwurf, gegen die Verkleinerungen bei der Arbeitslosenversicherung und gegen die Kopfsteuer richtete, so stehen natürlich bei den Verhandlungen in erster Linie diese Fragen zur Diskussion. Daß die Verhandlungen nur langsam vorwärts kommen und sich überaus schwierig gestalten, ist bei den großen Gegensätzen, die gerade zwischen der Sozialdemokratie und einigen an der Regierung beteiligten Parteien bestehen, nicht verwunderlich. Die Verhandlungen noch nicht beendet sind — sie werden am Freitag fortgesetzt — so läßt sich in diesem Augenblick natürlich nicht sagen, ob ihr Ergebnis ein genügendes gewesen kommen an die Auffassungen der Sozialdemokratie darstellen.

Auflassung der Reichsregierung erst heute abend
Die Sitzung des Reichskabinetts, in der Reichsminister Brüning über die Parteiführer-Sitzungen berichtete und die Regierung sich darüber äußerte, wird, ob ihr Finanzplan parlamentarisch oder auf dem Wege der Notverordnung durchgeführt werden soll, nicht vor dem nächsten Sonntag feststehen. Am Freitag-Vormittag wird zunächst die Verhandlungen der Regierung mit der Sozialdemokratie fortgesetzt.

Fraktionsvorsitzender der SPD. billigt die Haltung der Unterhändler

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm am Donnerstag nachmittag einen Bericht der Fraktionsführer über die mit der Reichsregierung geführten Besprechungen über die Abänderungen der Notverordnung vom Juli und des Finanzprogramms entgegen. Die Aussprache des Fraktionsvorsitzenden ergab völlige Übereinstimmung, daß die in den Besprechungen mit der Regierung gewünschten Abänderungen der Notverordnung bezüglich der Bestimmungen für die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung und die Kopfsteuer absolut notwendig seien. Die Haltung der Unterhändler wurde gebilligt.

Die nächste Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dürfte am Mittwoch, den 3. Dezember, stattfinden.

Nazis gegen Erwerbslosenhilfe

Im Mecklenburg-Schwerinschen Landtag wurde nach einer ausführlichen Debatte der sozialdemokratische Antrag, zur Gewährung einer Wechselseitigen Hilfe an die ausgebezahlten Erwerbslosen und sonstigen nicht in der Fürsorge befindlichen hilfsbedürftigen Personen den amtsfreien Städten und Gemeinden 300000 Mark zu überweisen, abgelehnt. Die Nationalsozialisten stimmten mit den Rechtsparteien gegen den Antrag.

Preußen beauftragt die Regierungen die Preisentwertung zu fördern

Ein Erlass des preussischen Handelsministers

Amthof wird mitgeteilt: „Der preussische Handelsminister hat die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin in einem Erlass ermahnt, die von der Reichs- und Staatsregierung angeforderte Senkung des überhöhten Preisniveaus für ihren Bezirk zur Durchführung zu bringen. Diese Stellen sind bereits mit der Befehlsmacht unumkehrlicher Preisbindungen von örtlicher Auswirkung betraut und mit weitgehenden Befugnissen versehen. Es wird sich vornehmlich darum handeln, dafür Sorge zu tragen, daß jede in einer Wirtschaftskrise vorgenommene Preisbindung durch alle Wirtschaftskräfte bis zum Ausmaß der Auswirkung gelangt, und daß diese Wirkung nicht an einer Stelle der Verarbeitung oder Verteilungskette unterbrochen wird. Insbesondere darf diese Wirkung nicht dadurch zurückgehalten werden, daß infolge der nötigen unumkehrlichen Abneigung gegen eine Preisentwertung eine Abänderung des Preises nach oben zu einer durch fünf teilbaren Ziffer erfolgt.“
Für die Durchführung dieser Aufgabe ist auf die Mitarbeit der Industrie- und Handelskammern, der

Landwirtschafts- und Handwerkskammern Bedacht zu nehmen. Desgleichen erscheint es geboten, eine Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Gemeindeorganen herzustellen.“

Demonstration der englischen Konservativen

Das Unterhaus befaßte sich am Donnerstag nachmittag mit einem konservativen Nichtvertrauensantrag gegen die Regierung. Diesmal ist es das Ergebnis der Reichstagskonferenz und die Ablehnung eines Zolltarifs durch die Reichsregierung, das den höchsten Anstoß der Konservativen erregt hat. Dies wurde im Unterhaus durch Baldwin demontriert, dem jedoch der Minister für die Dominions, Thomas, die Antwort nicht schuldig blieb.
Die Liberalen werden den konservativen Nichtvertrauensantrag ablehnen. Eine Gefahr für die Labour-Regierung besteht deshalb nicht.

Staatskommission für Berlin

Auf teilweise Einschränkung der Selbstverwaltung

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg Berlin hat am Donnerstag den Oberregierungsrat Dr. von Stein als Staatskommissar für den Magistrat und den Oberregierungsrat Dr. Köppen als Staatskommissar für die Stadtverordnetenversammlung von Berlin mit dem Auftrag zur Besserung der Haushalts- und Kassenlage eingeleitet.

Der bindende Auftrag der beiden Staatskommissare geht dahin, für die voneinander nicht zu trennenden Haushaltsjahre 1930 und 1931 die Erhebung der Bürgersteuer nach der Reichsverordnung vom 26. Juli 1930 und der Gemeindebeitragssteuer nach der Musterordnung mit 10 Prozent ab 1. Dezember d. J. einzuführen; ebenso die Erhebung der Gemeindezuschlags zur Grundvermögenssteuer auf 312,5 Prozent. Weiter haben die Kommissare den Auftrag, die bereits in der Magistratsvorlage vorgesehenen Ausgabenminderungen von 14 1/2 Millionen durchzuführen; weitere Einsparnisse für die Haushaltsjahre 1930 und 1931 durch Streichungen, Verringerung von Ausgaben für gewisse Einrichtungen usw. behält sich der Oberpräsident vor.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bleiben weiter bestehen, sie sind nur für die oben bezeichneten Steuern nicht mehr zur Beschlussfassung berechtigt, da diese auf die Staatskommissare übergegangen ist. Alle anderen Aufgaben der Selbstverwaltung sind auch weiter von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung wahrzunehmen.

Auch in anderen Städten Staatskommissare

Außer in Berlin sind bisher in Frankfurt am Main, in Erfurt und Hagen i. W. Staatskommissare zur Durchführung der von den Stadtverordnetenversammlungen abgelehnten Steuern eingesetzt worden. In Berlin steht die zwangsweise Einführung der Bürgersteuer durch einen Staatskommissar unmittelbar bevor.

Mal wieder Störungsversuche der Kommunisten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung

Im Berliner Stadtparlament mußte die Polizei am Donnerstag wieder einmal für Ruhe und Ordnung sorgen. Als die Kommunisten forderten, einen ihrer Anträge vor den übrigen Punkten der Tagesordnung zu beraten und bis auf die Nazis alle Parteien dieses Verlangen ablehnten, wurden Zwischenrufe auf der Tribüne laut. Sofort griff

Stadtverordneten-Vorsteher Haß ein und verbat sich die Einmischung der Kommunisten. Die Antwort war, daß die Rufe auf der Tribüne ihre Zwischenrufe verstärkt fortsetzten. Stadtverordneten-Vorsteher Haß schloß daraufhin die Sitzung und ordnete die Räumung der Tribüne an. Da nicht genügend Beamte zur Ausführung dieser Anordnung anwesend waren, wurde Polizei beordert. Bis die Beamten erschienen, hielten die kommunistischen Rufe förmliche Reden in den Sitzungssaal hinein. Als dann die Polizei eintraf, wurden sie schweigend und verschwand wie die begossenen Kugeln. Später wurden die Beratungen des Stadtparlamentes ohne Tribünenbeimkehr wieder aufgenommen.

Als die Polizei am Donnerstag nachmittag im Auftrage des Vorstehers des Berliner Stadtparlamentes die Tribünen geräumt hatte und die Sitzung wieder eröffnet war, setzten die kommunistischen Stadtverordneten die anfänglich in erster Linie von kommunistischen Tribünenbesuchern veranstalteten Kabarettvorführungen fort. Die Folge war, daß der Stadtverordneten-Vorsteher zunächst auf Beschluß der Versammlung einen, dann zwei kommunistische Stadtverordnete und schließlich die gesamte kommunistische Fraktion ausschließen mußte. Da ein Teil der Kabarettisten sich weigerte, den Saal freiwillig zu verlassen, griff die Polizei zur gewalttätigen Entfernung. Dabei kam es zu schweren Schlägereien, in denen Berliner fünf Polizeibeamte verletzt wurden. Aus Solidarität — oder aus welchen anderen Gründen? — begab sich schließlich die nationalsozialistische Abgeordnete freiwillig aus dem Saal. Endlich konnte die Stadtverordnetenversammlung in Ruhe weiter tagen.

In der Berliner Presse wird übereinstimmend darauf hingewiesen, daß Szenen, wie sie sich gestern im roten Hause in Berlin abgespielt haben, bisher noch nicht dagewesen sind.

Der „Vorwärts“ schreibt zu den Rowdy-Methoden der Berliner kommunistischen Stadtverordneten: Die Kommunisten haben gestern wieder einmal die von der Verfassung gewährte Rechte des Volkes mit Füßen getreten. Ihnen kommt es — das haben sie mehr als einmal bewiesen — nicht auf eine wirkliche Hilfe für Arbeitslose und Ausgestoßene an, sie wollen vielmehr Aufruhr und Chaos, um dann irreführende Massen für ihre Parteizwecke mißbrauchen zu können.

Deutschlands Bedingungen

für die Unterzeichnung der Abrüstungskonvention

Eine grundsätzliche Erklärung des deutschen Vertreters in Genf

Genf, 27. November. (Eigener Drahtbericht.)

Der seit Wochen erwartete Zusammenstoß zwischen der deutschen und französischen Delegation in der Vorbereitenden Abrüstungskommission ist nicht so ausgefallen, wie es dem Wunsche der Reichspressen beider Länder entsprochen hätte. Graf Bernstorff sprach zwar mit großer Sorge über die mangelnde Gleichberechtigung in der Sicherheitsfrage, erwachte aber die Räumung Frankreichs nicht direkt. Der französische Wagnigli begnügt sich daher mit einer kritischen Bemerkung und die Kommission nahm mit Mehrheit das Prinzip an, daß die bereits erfolgte Abrüstung von der allgemeinen Abrüstung unberührt bleiben sollte.

Die Frage, ob die bisherigen Bestimmungen des Konventionsentwurfs für die Abrüstung eine Erfüllung der Abrüstungspflichtungen des Versailler Vertrages bzw. des Artikels 8 des Völkerbundesvertrages und damit eine vertragliche Gegenleistung für die abgerüsteten Staaten sein sollen, erhub sich bei der Beratung der Schlussbestimmungen des Entwurfs. In einem Artikel dieses Entwurfs ist gesagt, daß diese Konvention die früheren vertraglichen Verpflichtungen nicht berührt. Auf eine Anregung des Präsidenten, diesen Artikel an die Redaktionskommission zu verweisen, begann Graf Bernstorff den Angriff mit der Feststellung, daß dies keine technische, sondern die politische Frage der ganzen Konvention sei. Sollte man die Verantwortlichkeit glauben lassen, daß dies eine technische Frage sei, dann lege es so aus, als habe die Kommission gesagt, diesen Artikel offensichtlich zu diskutieren. Daraus schweben befristet jede Angst der Kommission und holte sich mit 17 gegen 1 Stimme eine Mehrheit für sofortige Zustimmung. Wagnigli-Frankreich erklärte diesen Artikel für die wesentliche Bestimmung, ohne die Frankreich keine Konvention unterzeichnen konnte.

Außerdem verlas Graf Bernstorff folgende Erklärung: „Soweit der Artikel Bezug nimmt auf die Verträge von Versailles und London, habe ich keine Bemerkung zu machen. In anderen Hinsichten handelt es sich um die Friedensverträge, durch die man uns gegenüber gewisse wohlbestimmte

Verpflichtungen eingegangen ist. Schon im Jahre 1927 habe ich bei diesem Artikel eine allgemeine Reserve eingelegt. Inzwischen bin ich 1929 wegen der Unterdrückung unentbehrlicher Elemente in dem Abrüstungskonventionsentwurf genötigt gewesen, mich in aller Form von dem Programm der Majorität der Kommission loszusagen. Der Verlauf unserer diesmaligen Tagung befähigt mich nun darin, wie berechtigt dies gewesen ist. Der jetzige Konventionsentwurf hat mit Abrüstung, soweit es sich um die Landwehrrüstung handelt, nicht mehr gemeinsam als die Heberzeugung, daß unsere Kommission sich von diesem kläglichen Ende ihrer fünfjährigen Arbeit Rechenschaft, dann würde sich nicht auch noch durch den Artikel dieses jetzt einsehende Scheinwert der früheren Verträge gegenüberstellen. Anstatt die Majorität den Artikel an, so werden dadurch freilich nur die Staaten betroffen, die einen solchen Konventionsentwurf unterzeichnen wollen. Ich jedenfalls gehöre nicht zu ihnen. Im Gegenteil, ich werde die Gelegenheit des Artikels benutzen, um gegen den Konventionsentwurf in seiner Totalität zu stimmen.“

Vielleicht gibt es Delegierte in unserer Kommission, die in einem anderen Sinne meine Regierung einen Beitrag zur Abrüstung anbieten, der, fast eine wirkliche Abrüstung zu bringen, den Rüstungsstand der Welt zu Lande verkleinert oder gar keine Erhöhung gestattet und der für mich gleichzeitig eine Erleichterung der deutschen Unterzeichnung unter die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten würde. Ich mag Sie bitten, einer solchen Illusion endgültig zu entsagen. Die Voraussetzungen, unter denen die deutsche Regierung den allgemeinen Abrüstungsvertrag als eine vertragsmäßige Gegenleistung anerkennen kann, sind allgemein bekannt. Seit Jahr und Tag sind diese Voraussetzungen von den amtlichen Vertretern Deutschlands bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen worden. Unser Standpunkt ist, daß Deutschland einen Abrüstungsvertrag nur dann als solchen anerkennen kann, wenn er eine Garantie der Sicherheit aller Staaten tragende Wirkung besitzt. Deutschland wird die Abrüstungskonvention dann beschließen, ob sie als Gegenleistung für die deutsche Abrüstung auch den Grundgedanken positiver Sicherheit verwirk-

licht. Der Entwurf, den Sie in den letzten 5 Jahren

ausgearbeitet haben, tut das nicht. Lord Cecil verwarf, die angeblichen Vorstellungen des Entwurfs zu verteidigen, während Wagnigli-Frankreich den Artikel an die allgemeine Konferenz verweisen wollte. Wagnigli-Frankreich verlangte dagegen, daß der Artikel als Basis für die Beurteilung der ganzen Konvention doch in den Entwurf eingeleitet werde. Wagnigli-Frankreich an. Nachmal stellte Graf Bernstorff fest, daß die Konvention begrenzt worden seien. Es sei bedauerlich, daß die Vorrichtungen für die Seerüstungen geopfert werden seien in dieser Konvention.

Mit 12 gegen 5 Stimmen lehnte die Kommission die Verweisung des Artikels an die allgemeine Konferenz ab. Die Gegenstimmen nahmen dann 14 Staaten den Artikel in der Konvention auf. Eine Redaktionskommission soll die französischen und englischen Textvorschläge ineinanderarbeiten.

Morddrohung gegen Löbe

Eine deutsche Antwort Hillers

Unmittelbar vor einer Massenkundgebung der Augsburgischer Sozialdemokratie erhielt der Referent bestimmte Reichstagspräsident Löbe im Besammlungslokal von der Post einen Brief ausgehändigt, dessen Inhalt eine ungeschminkte Morddrohung war, die bestimmt, ihn in seinem Kampf gegen die Nazi einzuschließen.

Der anonyme Brief beginnt mit Schmähungen auf die Sozialdemokratie und schließt mit den Worten: „Wir wollen Herrn Löbe vor großen Strafen. Dann könnte es möglich sein, daß er in Augsburg nicht mehr sprechen wird. Wir sind gerät und schlagfertig in dem Wort und in der Tat. Deutschland erwache, Juda verrecke!“ Am Schluß seiner zweistündigen Kampfesrede gegen die Nazi antwortete Löbe den Briefschreiber mit folgenden Worten: „Glaubt Herr Hitler, uns mit solchen Drohungen schrecken zu können? Die Leute, die seit Jahrzehnten an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen, die im alten Deutschland durch die Gefängnisse geschleppt wurden, glauben Sie, daß diese Leute in der Stunde der Gefahr nicht der Seite ihrer Freunde stehen? Ich werde nicht, wie Herr Hitler, in die Villa Hamptängel flüchten und mich auch nicht in die Schweiz gehen, wohin andere ihr Geld ausgeschickt haben.“

Stürmische Begeisterung der überfüllten Massenversammlung dankten dem Redner für seinen Kampfesmut.

Naziüberfall auf sozialdemokratische Versammlung

Genf, 28. November. (Eigener Drahtbericht.)

Am Donnerstag abend kam es in einer sozialdemokratischen Versammlung, die hier im „Schloßhotel“ abgehalten wurde und in der Reichstagsabgeordneter Leche Löbe sprach, zu einer schweren Schlägerei zwischen Versammlungsteilnehmern und Nationalsozialisten. Der Kampf hatte kaum mit seinen Ausführungen begonnen, als ihm ein Nationalsozialist zugerufen wurde: „Weißt doch noch von Schwartau“. Im gleichen Augenblick war Schlägerei im Gange. Versammlungsteilnehmer und Nationalsozialisten schlugen mit Stuhlbeinen und anderen harten Gegenständen wie Biergläsern usw. aufeinander ein. Vereinzelt wurden auch Messer benutzt, so daß mehrere Personen auf dem Boden liegen geblieben sind. Die Polizei, die die Zahl der Verletzten auf insgesamt 20, darunter fünf Schwere, die ins Krankenhaus überführt werden mußten, zählte, meinten Verletzten haben Kopfverletzungen erhalten, zum Teil auch Rückenstiche zu verzeichnen. Die Einrichtung des Saals wurde vollkommen demoliert.

Die Polizeibeamten, die Ruhe und Ordnung wollten, wurden von den Nationalsozialisten ebenfalls überfallen und zum Teil verletzt.

Englische Regierung gegen den Ausperrungsplan

London, 27. November. (Eig. Drahtbericht.)

Die Regierung ist mit allen Kräften bemüht, die Montag angekündigte Bergarbeiter-Ausperrung zu verhindern, die in allen Kreisen unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen als ein Unglück betrachtet wird. Nach Möglichkeit unbedingt verhindert werden soll. Die Vertreter der Bergarbeiter sind am Donnerstag zu Verhandlungen mit dem Generalkonrat der Bergbauindustrie in London zusammengetreten. Auch der Bergarbeiterführer Cool tritt für einen Ausgleich ein. Die Bergarbeiter fordern, daß die Regierung, das neue Bergbaugesetz hinauszuverschieben, der Bergbauminister abgelehnt worden.

Die hölzernen Grenzen

von Roland Dorgeles

Berechnigte Heberhebung von „Les Croix de bois“

durch Les, Lema und Späth Mittel

Copyright by München-Berlin U. G. G. G. G. G. G.

(Nachdruck verboten.)

Jeder Mensch hat im Dorfe in Frankreich, jedes Haus ist ein Kreuz, jeder Bauer hat eine Krone, alle Häuser tragen an Stelle eines Schmuckstückes wertvolle Gegenstände aus Eisenblech. Der Fleischer verkauft Kämme und hat ganz wunderbar gewanderten Schanz.

Der alte Lehen des Kommuneers drängen sich hinunter dreißig Soldaten. Nichts als harte Flecken!

„Berechnigte Grenze!“ Hier ist eine und drängt sich dabei durch die Menge, um zu sprechen. „Hör mich! Ich bin, mein Name ist Les, Lema und Späth, ich bin ein Kreuz.“

„Ja, hier werden nur die von der Grenze gut aufgenommen“, ruft ein anderer zu. „Die gehen die Grenze einmal durch, und sie müssen die Grenze nicht für ihre Geschichten, und sie können gut zu helfen.“

Die Tür des Hauses ist verriegelt, die Fensterläden sind geschlossen. Trotzdem geht ein Dutzend kleinerer einflügeliger Schieber entgegen dem Haus, in der ersten Person, doch noch ein wenig früheres Wort zu sprechen. Eine Verriegelung des Hängenschiebers verhindert das Weiter von Brot an andere Seite als zu helfen, und die Tür bleibt geschlossen.

„Ich hab schon auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze. Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Was hat die Grenze hier zu tun? Auf dem Platz sind Soldaten und Soldaten.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Es gibt nichts mehr, ich sag's euch doch... Geht raus, Lucie, komm, schließ die Tür... Die werden uns noch alles machen, die Drecker!“

„Über Lucie, die Tochter des Hauses, rührt sich nicht, kann die Drecker nicht leiden. In ein Kleines, mit Silber hingehängenes Knieband gekleidet, ihr fades Haar in Korngelocke gebreitet, so sieht sie hochmütig in dem kleinen Hinterkopf zwischen einem Bild des Generals Joffre und dem Bergbau der angustigen Geldstücke und ebenso Holz auf ihrem Schenkel eine angehende Dirne in einer Uniform.“

„Das ganze Regiment kennt sie, alle Knutschlöcher kennt sie, und wenn sie mit ein paar Gläsern in der Hand durch überfüllten Läden geht, schielen sie gierig nach ihr hin und her, geradeheraus, was sie von ihr wünschen. Die Rührer sind gerade die Hand nach ihr aus und betastet sie beim Weggehen. Sie aber ist viel zu stolz, das auch nur zu bemerken und geht mit der getränkten Miene einer verbannten Frau die dazu verbannt ist, als Aufwärterin zu dienen, zwischen ihnen hindurch.“

„Was mag von ihr sagen, was man will, sie ist auf jeden ein Mädchen, das keinen Rang zu machen weiß. Sie schaut den „guten“ Soldaten zu, und er erwidert nur vor Offizieren.“

„Ein „guter“ Soldat ist, wer landbesessene Milch, Reis, Schokolade und Fleischwaren kauft. Das sind in ihren vornehmsten Waren; wer sie kauft, verrät notwendige Erleichterung der existierenden Geldmangel eines Mannes aus gutem Demut hat einmal Kaminholz und Champagner gekauft, keinem behandelte Lucie ihn fast wie einen Unterleutnant redet ihn mit „mein Herr“ an.“

„Hier kleine Gläser, Fräulein“, befielt Demoiné. „Was Gutes.“

„Träger zum Beispiel“, sagt Guldberg hinzu. „Das Mädchen trägt Silber einen heiligen Bild.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

„Ich hab auch mit der Grenze gearbeitet, aber die Grenze ist immer gegen die Grenze.“

Hungaria und Ungarn

Zum Besuche Bethlens in Berlin
Die Mitteilung des deutschen Außenministers Dr. Curtius, dass der ungarische Ministerpräsident, Graf Bethlen einen Besuch in Berlin gemacht hat, ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat. Der Besuch Bethlens in Berlin ist ein Zeichen für die zunehmende Integration Ungarns in die internationale Gemeinschaft. Die ungarische Delegation, an der auch der Außenminister Graf Bethlen teilnahm, wurde von der deutschen Regierung mit großer Höflichkeit empfangen. Die Gespräche zwischen den beiden Regierungen sind im Gange, und es wird erwartet, dass diese Gespräche zu einer Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen werden.

Die ungarische Delegation, an der auch der Außenminister Graf Bethlen teilnahm, wurde von der deutschen Regierung mit großer Höflichkeit empfangen. Die Gespräche zwischen den beiden Regierungen sind im Gange, und es wird erwartet, dass diese Gespräche zu einer Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen werden. Die ungarische Regierung hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte bei der Demokratisierung des Landes gemacht. Die Einführung der Verfassung und die Durchführung von freien Wahlen sind wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie. Die deutsche Regierung unterstützt diese Bemühungen und ist bereit, bei Bedarf Unterstützung zu leisten.

Die ungarische Regierung hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte bei der Demokratisierung des Landes gemacht. Die Einführung der Verfassung und die Durchführung von freien Wahlen sind wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie. Die deutsche Regierung unterstützt diese Bemühungen und ist bereit, bei Bedarf Unterstützung zu leisten. Die ungarische Bevölkerung hat sich für diese Veränderungen begeistert, und es wird erwartet, dass die Demokratie in Ungarn sich weiter festsetzen wird. Die internationale Gemeinschaft sollte diese Entwicklung begrüßen und Ungarn bei seinen Bemühungen unterstützen.

Die ungarische Regierung hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte bei der Demokratisierung des Landes gemacht. Die Einführung der Verfassung und die Durchführung von freien Wahlen sind wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie. Die deutsche Regierung unterstützt diese Bemühungen und ist bereit, bei Bedarf Unterstützung zu leisten. Die ungarische Bevölkerung hat sich für diese Veränderungen begeistert, und es wird erwartet, dass die Demokratie in Ungarn sich weiter festsetzen wird. Die internationale Gemeinschaft sollte diese Entwicklung begrüßen und Ungarn bei seinen Bemühungen unterstützen.

Die ungarische Regierung hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte bei der Demokratisierung des Landes gemacht. Die Einführung der Verfassung und die Durchführung von freien Wahlen sind wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie. Die deutsche Regierung unterstützt diese Bemühungen und ist bereit, bei Bedarf Unterstützung zu leisten. Die ungarische Bevölkerung hat sich für diese Veränderungen begeistert, und es wird erwartet, dass die Demokratie in Ungarn sich weiter festsetzen wird. Die internationale Gemeinschaft sollte diese Entwicklung begrüßen und Ungarn bei seinen Bemühungen unterstützen.

Die ungarische Regierung hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte bei der Demokratisierung des Landes gemacht. Die Einführung der Verfassung und die Durchführung von freien Wahlen sind wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie. Die deutsche Regierung unterstützt diese Bemühungen und ist bereit, bei Bedarf Unterstützung zu leisten. Die ungarische Bevölkerung hat sich für diese Veränderungen begeistert, und es wird erwartet, dass die Demokratie in Ungarn sich weiter festsetzen wird. Die internationale Gemeinschaft sollte diese Entwicklung begrüßen und Ungarn bei seinen Bemühungen unterstützen.

Die Wiederherstellung der in Westeuropa selbstverständlichen Freiheitsrechte, kurz für die Umwandlung der feudalen Hungaria in ein demokratisches Ungarn. Das Parlament des 1. September, das dem dräuenden Volksjähel zum Trotz, Hunderttausende in diesem Zeichen aufmarschierten, beleuchtet den Weg, der zu den Parlamentarismen des kommenden Jahres leitet. Hermann Wendel.

Die streitenden Brüder in Thüringen

Landvolk und Nazis liegen sich in den Haaren.
Weimar, 27. November. (Eig. Drahtb.)

In Thüringen liegen sich die Landvolk-Partei und Nazis wieder einmal heftig in den Haaren. Finanzminister Baum (Agrarvolkspartei) hat kürzlich in einer Landbundesversammlung in Rudolstadt eine Rede gehalten, in der er die Nationalsozialisten wegen ihrer Agitationsreden, die im kritischen Gegensatz zu ihren Taten stehen, scharf angriff. Dabei sollen auch Hitler und Fritsch schlecht weggekommen sein. Die Nationalsozialisten lehnten sich deshalb in der neuesten Nummer des in Weimar erscheinenden „Nationalsozialist“ mit Baum auseinander. Sie warfen Baum vor, daß seine Rede eine einzige Heise gegen den Nationalismus gewesen sei. Baum sei Finanzminister geworden, um in erster Linie die materiellen Interessen der hinter ihm stehenden Kreise wahrzunehmen. Wer nichts von Kultur verstehe, solle nicht über kulturelle Fragen reden. Und wer nicht weiter denken könne, als sein Misthaufen reiche, solle die Finger von der Politik lassen. Die Nationalsozialisten ließen sich die ihnen von Baum zuteil gewordene Behandlung nicht länger gefallen. Die neue Krise hervorgerufen zu haben, sei die alleinige Schuld des Finanzministers Baum, der sich zu schweren Beleidigungen des obersten Führers der Nationalsozialisten Hitler und des Ministers Fritsch habe hinreißen lassen.

Auf diese Angriffe im „Nationalsozialist“ hat die Landvolkpartei der Presse folgende Erwiderung gegeben: „Die Zeitung der Nationalsozialisten“ bringt in ihrer letzten Nummer einen nach Form und Inhalt unerhörten Angriff gegen den Minister Baum wegen seiner vor mehr als 1000 Mitgliedern gehaltenen Rede in Rudolstadt. Herr Baum, der nicht als Minister, sondern als Landvolkfürher in sachlicher Weise, wenn auch deutlich und unmissverständlich einen Trennungsstrich zwischen der Landvolkauffassung und dem zur Mode gewordenen Nationalsozialismus zog, darf die Gewißheit haben, daß das im Landvolk organisierte Landvolk nach wie vor in einmütiger Entschlossenheit hinter ihm steht. Die Landvolkpartei nimmt den Watausbruch der Nationalsozialisten ebenso wenig ernst wie ihre leichtfertige Drohung, die Landvolkpartei so zu beschimpfen wie die Sozialdemokratie, und ist bereit, den angebotenen Kampf anzunehmen. Sie ist überzeugt, daß dem Kampf, der auf die Zerschlagung des Landbundes abzielt, nicht ausgewichen werden darf, und ist des Erfolges gewiß. Die Landvolkpartei dankt Herrn Minister Baum namens der Thüringer Bauern für seine grundsätzliche Einstellung zum Nationalismus und billigt seine Ausführungen. Sie ist ebenso überzeugt, daß das Landvolk trotz aller nationalsozialistischen Versprechungen und Angriffe seinen berufenen Führern in Zukunft ebenso folgen wird wie in der Vergangenheit.“

Kommunisten schießen auf Nazis

Drei Personen schwer verwundet.
Köln, 28. November. (Eig. Funkbericht.)

Am Donnerstagabend wurde in Köln ein Trupp von etwa 20 Nationalsozialisten, der über die Hohenzollernbrücke zur Messehalle marшиerte, wo eine nationalsozialistische Versammlung stattfand, aus der Menge heraus beschossen. Insgesamt wurden acht schwere Schüsse abgegeben. Ein Nationalsozialist erhielt einen Augenschuß, einer einen Schuß in das Gesicht und ein unbeteiligter Passant wurde am Kopf schwer verwundet. Das Heberfallkommando nahm sofort 50 Verhaftungen vor, meist Jugendliche, die in ihrer Mehrzahl nach ihren eigenen Angaben Mitglieder der kommunistischen Partei sind. Das Gros der Kommunisten war im Besitz von Schlagringen und lebenden Messern.

Berlin, 28. November. (Eig. Funkbericht.)
Im Zentrum der Reichshauptstadt wurden am Donnerstagabend mehrere Nationalsozialisten von Kommunisten beschossen. Ein Nationalsozialist wurde schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Wie die Nazis ihre Versprechungen halten

Sie sabotieren den Abbau der Ministergehälter.
Braunschweig, 27. November. (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten des Braunschweiger Landtags hatten vor und kurz nach der Wahl die Herabsetzung der Ministergehälter auf 12 000 Mark herausposaunt. Sie stellten auch einen Antrag, der von ihrer Regierung eine entsprechende Vorlage verlangte und der von dem Nazi-Präsidenten Jörner dem Haushaltsausschuß überwiesen wurde. Hier setzte die Sabotage der Nazis ein. Immer wieder haben sie die Regelung hinauszuziehen versucht. Ihre betrogenen Wähler vertrösteten sie damit, daß täglich eine Regierungsvorlage kommen müsse. In der letzten Sitzung aber erklärte der zukünftige Regierungsvertreter, daß er keine Abnung habe, wie die Vorlage aussehen werde. Dabei regieren die Nazis in Braunschweig schon seit dem 1. Oktober.

Die Nazikomödie in Württemberg

Stuttgart, 27. November. (Eigener Drahtbericht.)

Der Antrag des einzigen Nazi-Abgeordneten des württembergischen Landtags, dem Kabinett Holz wegen seiner Zustimmung zu dem Finanzplan der Reichsregierung die Mißbilligung auszusprechen, fand nur die Zustimmung des Antragstellers und der Kommunisten. Die Sozialdemokratie beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Sie ließ das durch den Abg. Holz wie folgt begründen: „Wir stehen gegenüber der württembergischen Regierung und ihrer Politik in Opposition. Wenn wir trotzdem dem Antrag Bergenthalers unsere Zustimmung versagen, so nicht deshalb, weil wir zu der württembergischen Regierung Vertrauen haben oder uns mit dem Sanierungsprogramm der Regierung Brünning identifizieren, sondern weil wir in dem Antrag Bergenthaler eine unzeitige und deplazierte parteipolitische Demonstration erblicken. Ende des letzten Jahres hat die sozialdemokratische Fraktion im württembergischen Landtag wiederholt Anträge gestellt, die eine zeitige Klärung der Stellung der württembergischen Regierung zu den außerpolitischen Lebensfragen des deutschen Volkes und eine Klärung der Verantwortlichkeit zum Ziele hatten. Daraus ist eine Klärung der Verantwortlichkeit und der Sturz der württembergischen Regierung aber gerade durch die Stimme des Abg. Bergenthaler verhindert worden. Bei der derzeitigen Koalition und parlamentarischen Mehrheit im Landtag besteht keine Aussicht, die Regierung durch Mißbilligung zu stürzen. Der Au-

trag Bergenthaler ist deshalb eine Komödie. Da wir eine solche nicht mitmachen, haben wir uns an der Abstimmung nicht beteiligt. Unser Verhalten ist als Stimmentweigerung zu werten.“

Schnelles Parteigericht

Lübeck, 27. November. (Eigener Drahtbericht.)
Lübeker Sozialdemokratie schlägt die Schädlinge aus

Eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei Lübecks beschloß mit 1064 gegen 752 Stimmen, die langjährigen Mitglieder Dregger, Knapp und vom Hoff aus der Sozialdemokratie auszuschließen. Schon seit einiger Zeit werden in der bürgerlichen Presse Nachrichten über einen angeblichen Riesenandal in der Lübecker Ortstrankenklasse verbreitet. Danach soll der Standal von den sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern verhängt sein. Die Lübecker Sozialdemokratie hat schon nach den ersten Gerüchten einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der am Mittwoch vor einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung Bericht erstattete. Er stellte auf Grund einer genauen Prüfung fest, daß die Geschäftsführung der Trankenklasse tatsächlich zu erheblichen Bedenken Anlaß gab bzw. gibt. Es trifft zwar nicht zu, daß die Verantwortung dafür allein auf die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder fällt. Am schwersten belastet erscheint vielmehr der Arbeitgebervertreter Ren, Betreuer der deutschen nationalen Lübecker Zeitung, der seit Jahren seine Trankenklassenbeiträge abführte, obwohl er selbst im Vorstand saß. Aber auch gegenüber drei Arbeitnehmervertretern, Dregger, Knapp und vom Hoff, kam der Untersuchungsausschuß zu dem Ergebnis, daß sie ihre Posten nicht so ausgefüllt hätten, wie man es von ihnen verlangen müsse. Wenn sie sich auch nicht strafrechtlich vergangen hätten, so sei doch in der Frage der Hypothekengewährung ihre Geschäftsführung nicht zu billigen.

Die sozialdemokratische Mitgliederversammlung war deshalb einmütig in der Beurteilung des Verhaltens der drei Sozialdemokraten. Meinungsverschiedenheit bestand lediglich über die Frage, ob es nötig sei, das Ausschlußverfahren zu eröffnen oder ob die Verfehlungen der drei mit dem befristeten Entzug der Fähigkeit, Parteiämter zu bekleiden, hinreichend gelüht seien. Die Versammlung entschied für den Ausschluß.

Bürgerblockregierung in Oesterreich?

Wien, 27. November. (Eigener Drahtbericht.)

Eine amtliche Verlautbarung über die am Donnerstag zwischen den bürgerlichen Parteien geführten Verhandlungen zur Neubildung der Regierung besagte, daß die Vertreter des Heimatblocks ihre prinzipielle Genehmigung ausgesprochen habe, an der Regierungsbildung unter der Führung der Christlich-Sozialen teilzunehmen, und daß auch die Vertreter des Schönerbros erklärt haben, sich unter Einbeziehung des Heimatblocks an der Regierungsbildung zu beteiligen. Ueber Personalfragen sei noch nicht gesprochen worden.

Wien, 27. November. (Eigener Drahtbericht.)
Der Heimatblock fordert für sich für den Fall der Beteiligung an der neuen Regierung das Innenministerium. Im Schönerbrod rechnet man deshalb damit, daß die Einbeziehung des Heimatblocks in die neue Koalition, trotz aller grundsätzlichen Genehmigung der Zusammenarbeit mit den Heimwehrleuten, scheitern wird.

Vor der Vertuschung des Duftric-Standals

Zusammenziehung des Untersuchungsausschusses für die Regierungsgünstig - Einschüchterungsrede Lardieus
Paris, 27. November. (Eigener Drahtbericht.)

Die 33gliedrige Untersuchungskommission für die Aufdeckung des Duftric-Krachs und „aller ähnlichen Skandale“ der Nachkriegszeit ist am Donnerstag konstituiert worden. Der Zufall — die Wahlbüros, die die Kommissionsmitglieder in geheimer Wahl zu wählen hatten, sind durch Lese bestimmt worden — war der Regierung günstig. Die Mehrheitsparteien haben nicht weniger als 22 Sitze erobern können, während die Opposition nur elf von ihren Kandidaten durchzubringen vermochte. Ministerpräsident Lardieu wird jetzt also mit doppelter Energie daran gehen können, den Standal möglichst zu vertuschen.

Am Mittwoch schon hat Lardieu in einer Propagandarede vor den Parteifunktionären der Republikanischen Partei in Paris ein Einschüchterungsmanöver unternommen. Er, der die Untersuchungskommission zuerst aufs heftigste bekämpfte und der ihr dann durch die unerlöste Erweiterung ihres Aufgabensfeldes jede praktische Wirkungsmöglichkeit genommen hat, versicherte, daß man auf ihn zählen könne: er werde die Enquete bis zum letzten Ende durchführen und werde mit gleicher Schärfe Mitglieder seiner Mehrheit wie der Opposition verurteilen lassen. Da er auch wiederum mit neuen Enthüllungen drohte, haben die Linksparteien sich genötigt gesehen, am Donnerstag eine Interpellation über dieses unzulässige Einschüchterungsmanöver einzubringen.

Lardieus Auftreten scheint aber auch in den Kreisen seiner eigenen Mehrheit nicht restlos gebilligt zu werden; so erklärt am Donnerstag der sonst so regierungstreue „Paris Ridi“, daß dem Ministerpräsidenten wieder einmal das Pferd durchgegangen sei, und daß er seine Mehrheit wieder einmal in eine heisse Lage gebracht habe. Der Duftric-Standal sei doch wohl mehr als nur eine böswillige Erfindung der Opposition, wie Lardieu in seiner Rede haben glauben machen wollen. Wenn die Regierung sich nicht zum Handeln entschließen könne, werde das französische Volk bei den Neuwahlen von 1932 über sie ein Urteil sprechen, gegenüber dem es keine Berufung gebe.

Lardieu kann darauf rechnen, daß die Linksoptionen trotz seiner Drohungen die volle Klärung über die Hintergründe des Duftric-Standals erzwingen wird. Es ist der Opposition schon jetzt gelungen, die Demission des Justizministers Beret und die Einziehung der Untersuchungskommission durchzusetzen. Nachdem Daladier in öffentlicher Kammerrede erklärt hat, daß weitere Mitglieder des Kabinetts aufs schwerste kompromittiert sind, kann es kein Zurück mehr geben.

Neuer Aufstand in Peru

Die Arbeiter gegen das neue Militärregime.
Lima, 27. November. (Eig. Drahtbericht.)

Alle im Laufe des Donnerstag aus Peru hier eingetroffenen Meldungen berichten übereinstimmend über einen Aufstand gegen die neue peruanische Regierung. Seit Mittwoch werden in der Hauptstadt Lima gewaltige Barricaden errichtet und sogar Artillerie habe in die Straßenkämpfe eingegriffen. Den Hauptteil der gegen die Regierung kämpfenden Massen stellen die Arbeiterklasse dar. Unter der neuen Diktatur hätten sich die letzten Verhältnisse noch schlechter gestaltet als unter der früheren Regierung, so daß die gegenwärtigen Kämpfe nur einen Verzweiflungsausbruch der arbeitenden und hungernden Massen darstellen. Die Regierung in Lima hat — wie hier weiter verlautet — die gesamte Presse unter Januar gesperrt und den Verkehr mit dem Ausland gesperrt.

Große Steuer-Debatten im Stadtparlament

Bürgersteuer, Getränkesteuer und Biersteuer-Erhöhung abgelehnt

Entscheidung in der Stadtverordneten-Versammlung - Sozialdemokratische Fraktion gegen jede neue Massenbelastung - Parteipolitik für die Negersteuer - Völliges Durcheinander beim Zentrum - Die Kommunisten wollten die Sitzung auflösen lassen - Ein Nazi-Redner belustigt die ganze Versammlung - Magistrat und Winterbeihilfe

Kampf gegen Bürgersteuer, Biersteuer und Getränkesteuer in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung mit großer Anteilnahme. Genosse Tilsch lehnte in wirkungsvoller Rede alle Steuererhöhungen ab. Der Volksparteiler Halpaa predigte Sparjamkeit, ohne zu sagen, wo die Stadt noch sparen kann. Er empfahl die Bürgersteuer. Die Kommunisten arbeiten auf Befehl wieder einmal mit äußerlicher Rabulistik.

Auf Befehl in Berlin, legte man es auch hier auf Kraß an. In der Rede machte Herr Adelt die Sozialdemokratie für die Steuererhöhungen in Deutschland verantwortlich, holte sich ein paar Worte ein, und als seine Redezeit abgelaufen war, ohne daß er etwas gesagt hatte, weigerte er sich, zum Schluß zu kommen. Vorherer Bandmann unterbrach schließlich die Sitzung durch eine Viertelstunde. Nach der Wiedereröffnung begann Herr Adelt wieder zu reden, ohne das Wort erhalten zu haben. Herr Tilsch brachte ihn Genosse Bandmann aber durch die Erhebung der Ordnung, daß er die Versammlung gänzlich schließen sollte, und die Frage der Winterbeihilfe durch kommunistische Vorschläge nicht mehr zur Verhandlung käme, wenn er sich der Geduld nicht füge. Der Deutschnationaler Thum erklärte die Bürgersteuer, als einem Erziehungsmittel (!) zum Zweck der Vermögensbewußtheit. Herr Strauß vom Zentrum war für die Bürgersteuer, und Herr Blume von der Wirtschaftspartei für die Biersteuer. Hatte Herr Adelt neben der Sozialdemokratie auch alle anderen Parteien mit Ausnahme der Nazis, die diesen aber einige freundliche Worte gewidmet, so sprach der Naziot Steffens den Kommunisten direkt einen Vorwurf aufs Maul. „Meine Parteifreunde und die Kommunisten“, so sagte er, hätten zusammen alles besser gemacht. „Herr Pictisch wies die Kommunisten auf einen Ausweg hin, daß sie eine Politik auf dem Monde machen.“ Die Bürgersteuer wurde dann mit 47 gegen 75 Stimmen abgelehnt, die Getränkesteuer mit 75 gegen 21 Stimmen und die Biersteuer mit 60 gegen 21 Stimmen. Den Eingeständnis der größten Verlegenheit machte bei der Abstimmung das Zentrum. Bei der Bürgersteuer stimmte es zur Hälfte dafür, bei der Getränkesteuer und einer enthielt sich der Stimme. Bei der Biersteuer waren 4 Zentrümmer dafür, die anderen dagegen. Bei der Biersteuer war man sich nicht einig. So wird die Entscheidung von seiner eigenen Partei geschätzt.

Die Winterbeihilfe ist auch bezüglich der Winterbeihilfe ein sozialdemokratischer Antrag, 1 Million für die Winterbeihilfe zu verwenden, ist der Magistrat nicht einverstanden. Auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung will er für die Winterbeihilfe 135 000 Mark für Kohle und Lebensmittel zur Verfügung ausgeben. Dann will er sehen, was weiter gemacht werden kann. Genosse Tilsch kennzeichnete den Standpunkt des Magistrats als ein Werk des Zentrums. Nach dem sozialdemokratischen Antrag, der bei der Finanzlage der Stadt nur eine Notberücksichtigung, wären im Monat 250 000 Mark für die Winterbeihilfe zur Verfügung zu stellen. Er beantragte die Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Angelegenheit. Genosse Pictisch wies darauf hin, daß vor der letzten Stadtverordnetenwahl die Rücksicht für die Unterhaltungsbedürftigen durch den sozialdemokratischen Antrag um 10 Prozent erhöht werden konnte. Die Bürgersteuer der Negersteuer, was als ein Werk des Zentrums wurde. Eine ganz schätzbare Rolle spielte die Debatte der Demokrat Carl Wilhelm Wolk. In der Debatte er von dem abgehärmten Gesichtern der Erziehung, aber geben will er ihnen weiter nichts. Er empfahl die Winterbeihilfe für die Notleidenden, die 300 000 Mark (!) betragen würde. Was aber solche Sammlungen in Wirklichkeit bringen, hat man im vorigen Jahre gesehen. Damals brachte die Firma Wertheim als Ersatz für eine Eröffnungsspende in diesem Jahre würde also noch weniger eingehen. Die Winterbeihilfe ergab

39 gegen 39 Stimmen. Bandmann, der den sozialdemokratischen Antrag zur Einsetzung einer Kommission für angenommen erlassen, unsere Genossen werden in dieser Kommission versuchen, die Winterbeihilfe für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrisen zu beschaffen.

Der Vorsitzende erklärte ihm, daß sich im Sitzungssaal und in den Nebenräumen, die seiner Vorherrschmacht unterliegen, keine Anordnungen anderer Behörden nicht ausführen lassen. Bei der nächsten Vorlage, die am 17 Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden Bandmann eröffnet und begann gleichzeitig mit einem Vortrag des Vorsitzenden. Zur Geschäftsordnung verlangte Stadtrat die Entziehung des polizeilichen „Gezänklers“ aus dem Ratssaal, was gleichzeitig Anstalt darüber, was die Polizei herbeigerufen habe.

Der Vorsitzende erklärte ihm, daß sich im Sitzungssaal und in den Nebenräumen, die seiner Vorherrschmacht unterliegen, keine Anordnungen anderer Behörden nicht ausführen lassen. Bei der nächsten Vorlage, die am 17 Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden Bandmann eröffnet und begann gleichzeitig mit einem Vortrag des Vorsitzenden. Zur Geschäftsordnung verlangte Stadtrat die Entziehung des polizeilichen „Gezänklers“ aus dem Ratssaal, was gleichzeitig Anstalt darüber, was die Polizei herbeigerufen habe.

Der Vorsitzende erklärte ihm, daß sich im Sitzungssaal und in den Nebenräumen, die seiner Vorherrschmacht unterliegen, keine Anordnungen anderer Behörden nicht ausführen lassen. Bei der nächsten Vorlage, die am 17 Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden Bandmann eröffnet und begann gleichzeitig mit einem Vortrag des Vorsitzenden. Zur Geschäftsordnung verlangte Stadtrat die Entziehung des polizeilichen „Gezänklers“ aus dem Ratssaal, was gleichzeitig Anstalt darüber, was die Polizei herbeigerufen habe.

Der Vorsitzende erklärte ihm, daß sich im Sitzungssaal und in den Nebenräumen, die seiner Vorherrschmacht unterliegen, keine Anordnungen anderer Behörden nicht ausführen lassen. Bei der nächsten Vorlage, die am 17 Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden Bandmann eröffnet und begann gleichzeitig mit einem Vortrag des Vorsitzenden. Zur Geschäftsordnung verlangte Stadtrat die Entziehung des polizeilichen „Gezänklers“ aus dem Ratssaal, was gleichzeitig Anstalt darüber, was die Polizei herbeigerufen habe.

Der Vorsitzende erklärte ihm, daß sich im Sitzungssaal und in den Nebenräumen, die seiner Vorherrschmacht unterliegen, keine Anordnungen anderer Behörden nicht ausführen lassen. Bei der nächsten Vorlage, die am 17 Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden Bandmann eröffnet und begann gleichzeitig mit einem Vortrag des Vorsitzenden. Zur Geschäftsordnung verlangte Stadtrat die Entziehung des polizeilichen „Gezänklers“ aus dem Ratssaal, was gleichzeitig Anstalt darüber, was die Polizei herbeigerufen habe.

Der Vorsitzende erklärte ihm, daß sich im Sitzungssaal und in den Nebenräumen, die seiner Vorherrschmacht unterliegen, keine Anordnungen anderer Behörden nicht ausführen lassen. Bei der nächsten Vorlage, die am 17 Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden Bandmann eröffnet und begann gleichzeitig mit einem Vortrag des Vorsitzenden. Zur Geschäftsordnung verlangte Stadtrat die Entziehung des polizeilichen „Gezänklers“ aus dem Ratssaal, was gleichzeitig Anstalt darüber, was die Polizei herbeigerufen habe.

mal wochenlang die Angelegenheit zu verzögern, abgelehnt. Mit 79 Stimmen wurde hierauf die Vorlage angenommen. Auch der Antrag auf Aufstellung dreier Wartehallen an den Straßenbahn- und Kraftomnibus-Endstellen Krieler, Tschamch-Brodau und Trebniker Platz wurde angenommen, nachdem Stadtrat Guhr (Komm.) eine weitere Wartehalle an der Endstelle Wieselhausallee beantragt hatte. Die Versammlung trat dann in die Beratung der

Steuervorlagen

die mit Spannung auch von der überfüllten Tribüne erwartet wurde. Als Ausschußberichterstatter nahm Stadtrat Tilsch (Soz.) das Wort und kennzeichnete in beachtenswerten Ausführungen diesen Steuerrückgang auf die Taschen der werttätigen Massen.

Der Magistrat, so führte er aus, hatte beabsichtigt, diese Vorlagen, die in ihrem Ursprung dem Reichstabinetti Brüning, zu verdanken sind, mit wechselnden Mehrheiten anzunehmen. Als Begründungen werden die wachsenden Ausgaben der Stadt und das vorauszuweisende Defizit angeführt. Der Magistrat hat bei diesen Vorlagen an das Prinzip der Selbstverwaltung erinnert.

Die Selbstverwaltung

war einmal Inhalt und politisches Programm, aber wie heute hinter der Demokratie — nicht einmal verschämt — die Diktatur steht, so steht sie auch hinter der Selbstverwaltung. Gewiß ist die Lage der Stadt nicht rosig. Wenn das vorhandene Defizit von 12 Millionen zu einem Teil abgedeckt worden ist, so steht doch ein neues Defizit von nahezu 6 Millionen in Aussicht und die Auswirkung der Krisenverordnung vom 11. Oktober wird die Stadt Breslau erneut mit einer Ausgabe von fast einer Million belasten. Jahrelang haben die arbeitenden Massen an der Verantwortung, oft sogar unter Entäußerung vieler ihrer Grundzüge mitgetragen. Wenn jetzt aber Massensteuern von ihnen verlangt werden, während auf der anderen Seite den Opfern dieser Wirtschaftskrise eine notwendige Unterstützung verweigert wird, so kann das von den Massen nicht mehr verstanden werden. Diese Belastungen sind ein planmäßiger Raubzug

an die Taschen der Werttätigen. Bei dem zu unserem Antrag auf Weihnachtsbeihilfe eingereichten Deckungsvorschlag hat der

Magistrat darauf hingewiesen, daß eine Gewerbesteuererhöhung nicht erträglich sei, weil sie zu einer Abwanderung des Gewerbes führen müsse. Wir glauben eher, daß skrupelloser Egoismus des Kapitals, Kapitalflucht, Steuerhosen und auf der anderen Seite Lohnabbau für die Entwicklung kennzeichnend sind. Mit allen Mitteln betreibt die Wirtschaft eine Senkung der Realsteuern, aber niemand fragt, woher die Massen, denen die Löhne abgebaut werden, die neuen Steuern hernehmen sollen.

Die Sozialdemokraten tragen Verantwortung vor den werttätigen Massen und lehnen deshalb die Steuern ab. Hat es noch etwas mit Selbstverwaltung zu tun, wenn Magistratsvertreter erklären, den Mas der Aufsichtsbehörde bereits in der Tasche zu haben, in dem die Einführung der Steuern verfaßt wird, für den Fall, daß die Stadtverordnetenversammlung die Steuern nicht genehmigt.

Die Biersteuererhöhung lehnt die sozialdemokratische Fraktion ab, weil die Möglichkeit besteht, sie nach unten abzumwälzen. Auch wenn der Negersteuer, die Volksparteikreisen ihre Herkunft verdankt, ein soziales Mäntelchen umgehängt worden ist durch eine Staffellung, wird sie für die Sozialdemokraten nicht etwa annehmbarer.

Bei der

Getränkesteuer

die auch alkoholfreie Getränke erfasst, ist der Magistrat über die Notverordnungen hinausgegangen und verlangt 10 Prozent, gegenüber 5 Prozent in den Notverordnungen. Wenn aber 33 Prozent der Steuer für Verwaltungskosten verbraucht werden, dann ist das ein schlechtes Geschäft. Es kann keine Rede davon sein, daß wir unsere Zustimmung zu diesen unsozialen Steuern geben. Wenn die Aufsichtsbehörde den Mut hat, die Steuern auf dem Wege des Diktats einzuführen, dann brauchen wir nicht noch eine Auflage abgeben. Ganz offen zeigen die Steuervorlagen, daß Steuererhöhungen für den Besitz und Massenbelastungen für die Werttätigen als ein Mittel zur Behebung der Krise diffiziert werden sollen. Die Sozialdemokraten entziehen sich nicht der Verantwortung, aber sie denken nicht daran, Verantwortung für eine Entwicklung zu übernehmen, an der sie keine Schuld tragen. Auch die übrigen Vertreter mögen sich zum Bewußtsein rufen, daß es fünf Minuten vor zwölf Uhr ist.

Lebhafte Aussprache über die Steuervorlagen

Die Aussprache über diese Steuer-Vorlagen leitete Stadtrat Halpaa (Volkspartei) ein mit der Feststellung, daß die Bürgersteuer ein guter Weg ist und höchster Grundfah die Rentabilität der Wirtschaft bleiben muß.

Ähnlich war auch die Auffassung des Stadtrat C. W. Wolk (Dem. oder Staatspartei), der Verwaltungskostenbeiträge zu einer Erziehung der Sozialdemokraten für gut hält, weil sie dann nicht bloß Anträge auf Weihnachtsbeihilfen stellen werden. Die Bürgerabgabe, so führte Stadtrat Wolk noch aus, ist zwar nicht gerecht, aber die Fraktion der Staatspartei werde trotzdem dafür stimmen. Zur Biersteuer richtete er an die Brauereien den Appell, selbst die Steuern zu zahlen (Gelächter).

Eine andere Taktik bei dieser Aussprache verfolgte der kommunistische Stadtrat Adelt, der anscheinend mit Rücksicht auf die zu gleicher Zeit von seiner Partei veranstaltete Demonstration auch in der Stadtverordnetenversammlung eine Aktion vom Stapel lassen wollte.

Einführung der abgelehnten Steuern

Wie wir erfahren, hat gestern auf Antrag der Aufsichtsbehörde der Bezirksausschuß, noch ehe die Notverordnungssteuern abgelehnt wurden, die Einführung der Bürgersteuer und die Erhöhung der Biersteuer beschlossen.

Seine Rede war eine einzige wüste Heze gegen die Sozialdemokratie. „Räter der elendsten Fettersmanderer, Steuereintreiber der kapitalistischen Klasse, offene Betrüger“ usw. waren die milderen seiner Beschimpfungen. Nachdem er zweimal Ordnungsrufe des Vorsehers erhalten, wollte er anscheinend mit allen Mitteln

seinen Ausstieg aus der Versammlung durchsetzen, um damit Agitationsstoff zu erhalten. Er schimpfte weiter und als ein dritter Ordnungsruf nicht kam, versuchte er es auf andere Art. Er hörte nicht auf zu reden, als ihn der Vorsteher darauf aufmerksam machte, daß er zum Schluß kommen möchte, da seine Redezeit abgelaufen sei. Adelt aber hielt sich nicht daran, bis der Vorsteher Bandmann eingriff, die Sitzung schloß und eine neue Sitzung eine Viertelstunde später, um 19 Uhr ansetzte.

Als diese eröffnet wurde, begann Stadtrat Adelt sofort wieder zu sprechen und zu schimpfen und erst als Vorsteher Bandmann ihn darauf aufmerksam machte, daß er die Sitzung wieder unterbrechen müsse, lehnte sich Adelt auf seinen Platz. Die weiteren Redner hatten es einfach, denn Adelt hatte ihnen die Stichworte gegeben und so war die Rede des Stadtrat Thum (Nazi) im großen ganzen eine Wiederholung der Adelt'schen Ausführungen, allerdings ohne die persönlichen Beschimpfungen. Tiefbetäubend fand es der deutschnationaler Sprecher, daß nach den

Magistratsvorlagen nur noch 3080 Personen in Breslau einkommen haben, die mehr als 8000 Mark Jahres-einkommen haben. Als Thum schließlich noch

die Negersteuer als eine Erziehungssteuer

bezeichnete, brach ein Sturm los. Die Rede des Stadtrat Strauß (Ztr.) war ein Lobgesang auf den Reichszankler Brüning, den Diktator der Negersteuer, aber damit die christlichen Gewerkschafter einen Entschuldigungsgrund hatten, dagegen zu stimmen, bemängelte der Redner des Zentrums die Staffellung.

Stadtrat Blume (Wirtschp.) sprach weniger über die Steuern, als über die Gastwirtschaftsbehebung, und nach ihm griff auch Oberbürgermeister Dr. Wagner in die Debatte ein und äußerte die Bedenken, die sich bei einer Ablehnung der Vorlagen ergeben würden.

Dann sprach zum erstenmal in der Debatte dieses Parlaments der Stadtrat Steffens (Nazi), dessen Ausführungen trotz des ersten Stoffes

in der Versammlung und auf der Tribüne nur Lachstürme

auslöste. Geistreich betonte der Redner, wenn die Notverordnung nicht angenommen wird, denn wird sie abgelehnt. Als er sich als Gegner der drei Steuern aus sprach, und der Name „Fried“ dazwischengerufen wurde, kam Steffens ganz aus dem Konzept und mit Pathos erklärte er, daß Fried die Negersteuer eingeführt habe, weil er die Finanzen Thüringens ruftlos sanieren wolle. Im nächsten Atemzuge aber sagte er wieder, daß die Bürgersteuer höchst unsozial und roh ist. Der Redner brachte es jedenfalls fertig im zweiten Satz immer das Gegenteil von dem zu sagen, was er im vorhergehenden dargelegt hatte.

Stadtrat Fritz Pictisch (Soz.) bedauerte außerordentlich, daß die Anhänger der Partei des Herrn Steffens nicht in größerer Zahl Gelegenheit hatten, dieser Rede ihres Parlamentarier zuzuhören. Mit den Kommunisten sich ansinanzieren, sei überflüssig, denn nach ihrem Urteil kommt alles, was sich nur denken läßt, auf das Konto der SPD. Es sei ihnen nur unangenehm, daß die Breslauer Stadtverordnetenfraktion die Steuern ablehne und es bedauere, daß sich die preußische Landtagsfraktion für das Ausführungsgesetz ausgesprochen habe. Bei seinen wüsten Beschimpfungen habe aber Adelt ganz vergessen, daß der Feind rechts steht.

Nachdem auch Stadtrat Roham (Nazi) gegen die Steuern gesprochen hatte und ein Schlußantrag angenommen wurde, empfahl Stadtrat Tilsch im Schlußwort noch den Deutschnationalen, auf die Sternschanze zu gehen und dort über Erziehungssteuern zu sprechen.

Bei den folgenden Abstimmungen wurde die Bürgersteuer mit 47 gegen 33 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Das Zentrum stimmte in drei Abteilungen

Die größte für die Negersteuer, die kleinere gegen und die kleinste enthielt sich. Die Ablehnung der Getränkesteuer erfolgte mit 75 Stimmen gegen 6 Zentrumsleute und die Biersteuer wurde mit 60 gegen 21 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Magistrat lehnt Winterbeihilfe ab

Eine große Debatte gab es noch bei der Beratung der Mitteilung des Magistrats über seinen Beschluß in der Frage der

Winterbeihilfeaktion

Stadtrat Tilsch (Soz.) bemängelte, daß der Magistrat noch Rückgabe der vorhandenen Mittel eine Winterbeihilfeaktion durchführen wolle, weil er die Deckungsvorschläge der Sozialdemokratie in der letzten Sitzung abgelehnt hat. Nach Mitteilung des Departements sollen im Monat Dezember Kohlen- und Lebensmittelgutheine in Höhe von 135 000 Mark verausgabt werden. Die Sozialdemokraten können sich mit einer beträchtlichen Beibehaltung ihres Antrages nicht einverstanden erklären

und fordern, nachdem der Magistrat dem Antrage nicht zustimmt, die Einsetzung einer Konfliktkommission.

Stadtrat Halpaa fügte sich in diesem Zusammenhangemäßig auf die Regiebetriebe der Stadt zu schimpfen und Stadtrat Zilla (Komm.) wiederholte seinen alten Antrag, der über 5 Millionen erfordert. Stadtrat Tilsch erklärte, daß mit der Durchführung der Beihilfeaktion schon in der nächsten Woche begonnen werden soll. Mit heuchlerischen Worten sprach Stadtrat Wolk (Staatsp.) von der Not der Arbeitlosen und freute sich, daß die Gewerbesteuer vom Magistrat abgelehnt worden sei. Man möge wieder sammeln.

Stadtrat Fritz Pictisch (Soz.) erklärte den Bürgerlichen, die

Abend des „Vollchor Breslau“

Der „Vollchor Breslau“ veranstaltete ein Jubiläumskonzert vor zehn Jahren im November ist dieser erste gemischte Chor der Breslauer Arbeiter-Sänger gegründet worden durch den Zusammenschluss eines Männerchors (der Männergesangsvereinigung „Kamellen“) und eines Frauenchors. Nicht wenig um die Leistung beachtlich, wenn schon nach einem Winterkonzert der neuen Chorvereinigung stattfinden konnte. Das Jubiläum sollte, zählte 48 Konzerte auf, die in diesen zehn Jahren gefeiert wurden; neben 33 Vollchorabenden gab es vier Oratorien von Haydn (achtmal wurden „Die Jahreszeiten“ aufgeführt), es gab „Die Jahreszeiten“ von Bruch, ein Oratorium von Händel, und zweimal die „Neunte Sinfonie“ von Beethoven, die an Kraft, Ausdauer und Disziplin sowie an künstlerischem Ausdrucksvollen Anforderungen stellt. Also nicht nur ein schwieriges, sondern auch ein großes reichhaltiges Programm ist sicherer Beweis für die Aufgabenerfüllung der Chormitglieder, wie auch an die Aufgabe von Seiten der Chorleiter, wie auch an die Aufgaben der Dirigenten Otto Burkert zu erkennen. Die zahlreichen und erwartungsvollen gespannten Hörer wurden denn auch nicht enttäuscht. Vollchorlieder aus vier Jahrhunderten waren das Thema; eine Auswahl wurde geboten, die in kunstvoller Verschlingung der Stimmführung, oder mit äußerster Beherrschung der Zeitmasse, neben Liebesliedern und patriotischen Gesangsliedern und Schwänke brachte. Die Gesänge, vor allem Gesellschaftslieder und Schwänke brachte. Die Gesänge, vor allem Gesellschaftslieder und Schwänke brachte. Die Gesänge, vor allem Gesellschaftslieder und Schwänke brachte.

Wirtschaft

Der Ausweis der Reichsbank vom 15. November

Während die Devisenposition des Instituts äußerst gestärkt. Während die Goldbestände gering, um 200 000 Mark auf 2179,8 Millionen Mark, abgenommen haben, zeigen die Devisenbestände eine Erhöhung um 266,7 Millionen auf 485,9 Millionen Mark. Die Steigerung ist auf das Eingehen des von der Regierung trotz der bestimmten Rücksichten der katastrophalen Wahlen vom 14. September durchgeführten Ueberbrückungskredits zurückzuführen. Dieser hat sich auch hinsichtlich der Beanspruchung des Reichsbankkredits geltend gemacht. Die Regierung hat mit dem Ueberbrückungskredit Verpflichtungen (Rückzahlung von Schatzwechseln usw.). Die dadurch eintretende Flüssigkeit bei den Banken ermöglichte eine stärkere Zurückzahlung bei der Reichsbank. Wurde der Kredit der Reichsbank Ende Oktober um rund 841,9 Millionen Mark mehr in Anspruch genommen, so sind in den beiden ersten Novemberwochen nicht weniger als fast 880 Millionen Mark an Krediten zurückgelassen. Davon entfallen 516,9 Millionen auf die zweite Novemberwoche (Woche zum 15. November). Die Gesamtanlage verringerte sich damit auf

1865,7 Millionen Mark gegenüber 2235,7 Millionen Mitte Oktober. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks gingen in der zweiten Novemberwoche um 469,2 Millionen, auf 1864,5 Millionen zurück, während sie Mitte Oktober 2066,3 Millionen Mark ausmachten. Die Dedung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 49,9 Prozent in der Vorwoche auf 52,8 Prozent, diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 54,9 Prozent auf 64,5 Prozent.

Die Wirtschaftslage in Frankreich

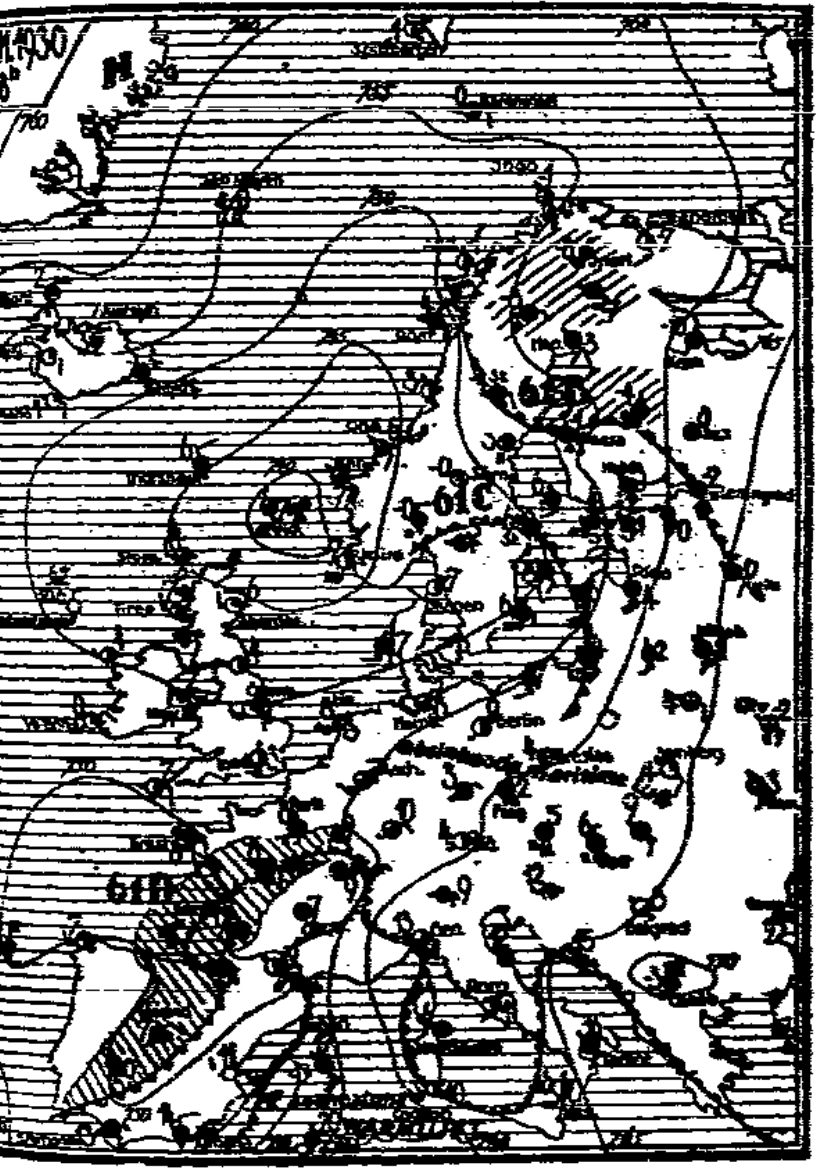
Eine Auslassung des Blattes der französischen Eisenindustrie. Die „Usine“, das führende Fachblatt der französischen Eisen- und Stahlindustrie, protestiert auf das Entschiedenste gegen den unbegründeten Wirtschaftsoptimismus der Regierung. Handelsminister Kléber hat vor wenigen Tagen bei der Eröffnung des Landwirtschaftsministeriums erklärt, daß die Weltwirtschaftskrise ihren Tiefpunkt überschritten habe und deutliche Zeichen einer Besserung zu bemerken seien. Man dürfe sich wirklich keine Illusionen über die Konjunktur in Frankreich machen. Schreibt nun das schwerindustrielle Blatt, das Ende der Wirtschaftskrise sei noch nicht abzusehen und in Frankreich besonders zeige die Konjunktur eine deutlich rückläufige Bewegung. Allein das Defizit von 7,7 Milliarden in der französischen Handelsbilanz und die starke Steigerung der Einfuhr von Fertigfabrikaten nach Frankreich um rund 17 Prozent zeigten die Schwäche des französischen Marktes. Dazu komme, daß das Steueraufkommen in den ersten sieben Monaten um zwei Milliarden hinter dem Vorjahre zurückgeblieben sei. In der Luftindustrie herrsche seit Monaten die schwerste Krise sowohl bei den Flugzeugen, Seebomben und Schiffen als auch bei den Schmuckstücken. Der Diamanthandel habe so schwere Verluste erlitten, daß die Bank von Frankreich erst dieser Lage rettend eingreifen müsse, um eine Serie von Bankrotten zu vermeiden. Auch die Landwirtschaft selbst — so schreibt die „Usine“ weiter — schwer unter der allgemeinen Krise. Der Eisen- und Stahlindustrie gehe es relativ noch am besten. Aber auch sie habe ihre Produktion einschränken müssen, auch sie leide unter schwerster Preis Konkurrenz namentlich der Saarindustrie. Immerhin habe sie durch die Gewährung starker Treueprämien wenigstens einen Teil ihrer Rumpfabrik erhalten und sich durch die Festungsbauten, die Koloniallieferungen und ähnliche Staatsaufträge für die Verluste einigermaßen Ersatz schaffen können. Die Kohlenpreise seien nur dadurch stabilisiert worden, daß die Saargruben ihre Devisenpreise unverändert gelassen hätten. Die preisregulierende Rolle der Saargruben sei aber nur beschränkt, da die englische, belgische und sogar die polnische Konkurrenz mit jedem Tage schärfer werde. Nur die elektrotechnische und die Lokomotivbauindustrie in Frankreich seien zurzeit ausreichend und lohnend beschäftigt.



Lieschen, Fritz, Marie und Otto freuen stets sich auf das Lotto. Nimm ein Los, nimm zehn am Stück, An der Schnur hältst Du das Glück!

Die Arbeiter- Wohlfahrts-Lotterie Weihnachten 1930 ladet wieder zum Bezug ihrer Lose ein. Sie ist die jährlich wiederkehrende, allbeliebteste Lotterie der organisierten Arbeiterschaft. — Die größten Gewinnchancen — ein Los für 50 Pfg., Losbrief (10 Lose) für 5,00 Mark. (Sie haben auf allen Büros und bei allen Funktionären der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sowie in den durch Anschlag bekanntgegebenen größten Geschäften der Stadt.)

Werbt ständig für unsere Zeitung!



Sichererklärung: Wetterkarten, die die Wetterverhältnisse in einem bestimmten Gebiet zu einem bestimmten Zeitpunkt zeigen, sind nur dann als zuverlässig zu betrachten, wenn sie auf Beobachtungen beruhen, die in einem bestimmten Zeitraum in einem bestimmten Gebiet gemacht wurden. Die Wetterkarten, die in diesem Heft veröffentlicht sind, sind auf Beobachtungen beruhen, die in einem bestimmten Zeitraum in einem bestimmten Gebiet gemacht wurden.

Täglicher Wetterbericht
Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieters
Wetterbericht vom 15. November 1930

Breslau		Wrocław	
25.11.1930	26.11.1930	25.11.1930	26.11.1930
Temperatur	+0,2	Temperatur	+0,2
Niederschlag	0,0	Niederschlag	0,0
Windrichtung	SW	Windrichtung	SW
Windstärke	1-2	Windstärke	1-2
Wolken	1-2	Wolken	1-2
Luftfeuchtigkeit	80%	Luftfeuchtigkeit	80%
Druck	1015	Druck	1015
Windrichtung	SW	Windrichtung	SW
Windstärke	1-2	Windstärke	1-2
Wolken	1-2	Wolken	1-2
Luftfeuchtigkeit	80%	Luftfeuchtigkeit	80%
Druck	1015	Druck	1015

Unsere WINTER MÄNTEL

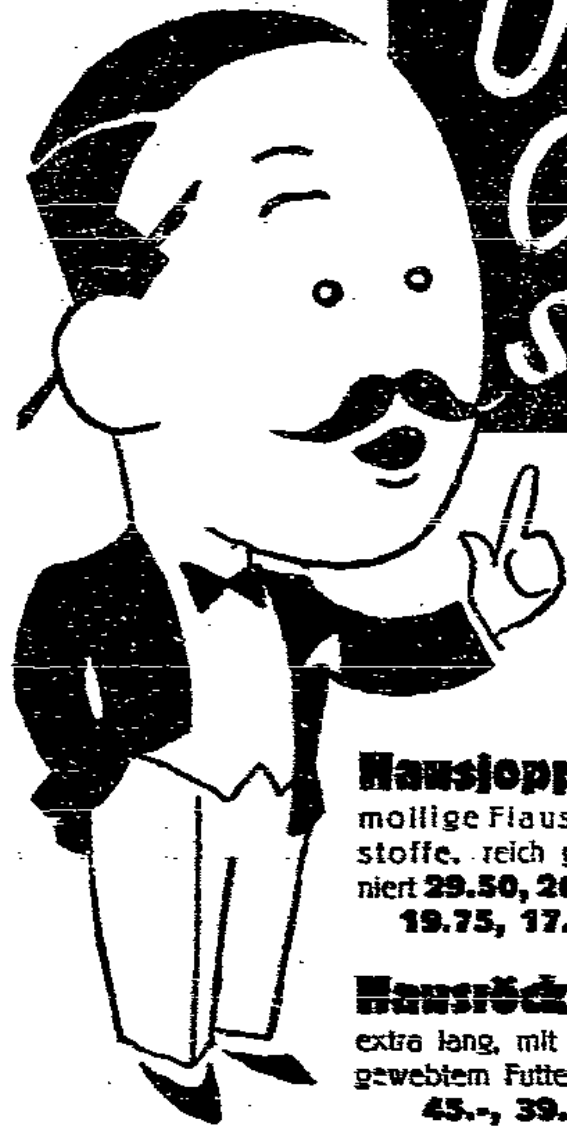
die in ihrer Qualität jede praktische Frau zufrieden stellen und in ihrer Form Schönheit der Anfertigung jeder veredelten Frau genügen, werden auch Ihnen gefallen. Wir haben viel, unglaublich viel Modelle, die infolge rationellster Selbstfabrikation in jeder Preislage den höchsten Gegenwert bieten. Und diese Preislagen sind viel niedriger, als der Begriffe „Preislenkung“ vermuten läßt.

DAMEN u. MÄDCHEN-MÄNTEL-FABRIK
AG Leuchttag Nachf.
BRESLAU NUR NIKOLAISTR. 8/9

ZANLUNGSERLEICHTERUNG DURCH KUNDENKREDIT-G.M.B.H. GARTENSTR.

Meine ersten

Weihnachts-Angebote



Unser
Chef
sagt:

Män kann
Weihnachts-Geschenke
nicht früh genug besorgen:
Wenn Sie in Ruhe Ihre Wahl
treffen wollen, kommen Sie
bald zu uns — am besten
schon morgen!!

Praktische

Weihnachtsgeschenke

Hausjoppen
mollige Flauch-
stoffe, reich gar-
niert 29.50, 26.-,
19.75, 17.50

12⁵⁰

Hausröcke
extra lang, mit an-
gewebtem Futter
45.-, 39.50

29⁵⁰

Müte
moderne Formen 9.75
7.75, 5.80, 3.95

2⁷⁵

Cardinez
weiß und bunt 4.75,
3.90, 2.95, 2.65

1⁷⁵

Handschuhe
echt Nappa, warm gefüttert

6⁹⁵ 5⁹⁵

Sakko-Anzüge

moderne 2reihige Fassons, her-
vorragend in Passform und Ver-
arbeitung 68.-, 59.-, 48.-, 39.-,

29⁵⁰

Sakko-Anzüge, blau

unsere Standard-Qualitäten,
reines Kammgarn, 2reihige Form,
tadellose Werkstattarbeit
89.-, 78.-, 68.-, 48.-,

39⁵⁰

Smoking-Anzüge

mit Seidenspiegel ganz auf K-
seide gefüttert, Sitz u. Verarbeitung be-
friedigen den vernehmtesten Ge-
schmack . . . 95.-, 85.-, 59.-,

39⁵⁰

Ulster

aus erprobten strapazierfähigen
Stoffen in den neuesten Fassons
und in den modernen Farben
59.-, 48.-, 39.-,

26⁵⁰

Paletots

mit Samtkragen, schwarz und
marengo, zum Teil auf K-Stepp-
seide gefüttert 59.-, 48.-, 39.-,

29⁵⁰

Pelze

in den verschiedensten Fell-
arten moderne Stoffbezüge
erstklassige Kürschnerarbeit
165.-, 135.-,

98⁰⁰

Kreutzberger

Breslau-Reuschestr. 7

Zahlungserleichterung durch Kunden-Kredit G. m. b. H., Gartenstraße 67

Samilien-Anzeigen

Plötzlich und unerwartet wurde
unser Kollege und Betriebsratsmitglied,
der Laddierer

Oskar Titze

aus unserer Mitte gerissen.
Seine Kollegialität und sein gerader
Sinn werden ihm bei uns stets ein
ehrendes Andenken sichern.

Die Belegschaft der
Malerei-Gesellschaft

Grad Mohaupt
jetzt
Singer
ping 28. I.
Gde Sing. früher Reiter 1
Leihweise
Smoking- u. Gehrosen-Anzüge
Klapphüte - Tel. 57082

Kinderwagen
zu billigen Preisen
Auch auf Teilzahlung!
Flurstr. 6, 1. Ekt.
Volkswacht-Haus

Druckerei Volkswacht
einfache moderne Druckarbeiten
besize 2 flurside 4 1/2



Volkswacht

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands

Versicherungs-
leistungen: **11 Millionen Mk.** (Ende der Inflation)

Gegenwärtig rund 21 Millionen Versicherte mit 870 Millionen RM. Versicherungssumme
115 Millionen RM. Vermögen, davon Eigentum der Versicherten: über 80 Millionen RM.
Prämienreserve, über 20 Millionen RM. Gewinnanteile, zusammen über 100 Millionen RM.

Nähere Auskunft erteilen: die Gewerkschaften, die Vertrauensleute der Volkswacht und die Rechnungs-
stelle Breslau, Margaretenstraße Nr. 17, Zimmer Nr. 30-31 oder der Vorstand der Volkswacht, Hamburg 5.

Billige Möbel

in gediege Garantie-Arbeit:

Das echt
Schlafzimmer **RM. 585.-**
Das echt
Speisezimmer **RM. 685.-**
Naturfas. Wohnküche **RM. 245.-**

S. Brandt & Co., Gartenstr. 65
im Hause des Vergnügungspalast „Broadway“

Schenke billige und gute Bücher

VOLKSWACHT - BUCHHANDLUNGEN
Neue Graupenstr 5 / Friedr. Wilh.-Str 105 / Flurstr 4

Der
große Andrang,
mit dem wir vorher nicht gerechnet
haben, ist ein Beweis dafür,
daß unser

Total-Ausverkauf

ihnen unerhörte
Vorteile bietet

Sie finden noch alles reichlich
sortiert in unserer bekannt guten Qualitäten

Herrn-, Knaben- u. Mädchen-Bekleidung

Ohne Rücksicht auf den Wert der Waren, haben wir unsere

Preise durchweg gewaltig herabgesetzt!

Wieder einige wenige Beispiele:

Herrn-Mäntel aus
guten strapazierfähigen
Qualitäten in verschiedenen
Macharten 9.75 an

Herrn-Eskimo- u. Man-
to-Paletots in Samt-
in erstklassiger Ver-
e.T. 75% unter
Preis von ... 27.50

Mädchen- und Knaben-
Anzüge aus festen, hal-
gewirkten Stoffen in
eigenen Sport- u. Jäger-
1-6 Jahre u. Ausmach. 3.95

Knab.-Manchester-
Anzüge aus festem, hal-
gewirkten Stoffen in
eigenen Sport- u. Jäger-
1-6 Jahre u. Ausmach. 6.95

Chorinsky & Jacobsohn

nur Reuschestraße 60/61

gegenüber der Sülzstraße

hier können Sie zur Reuschestraße 60/61

Kein Geschrei — sondern Leistung!

Chimowitz ist noch billiger.
Alles eigene Anfertigung.
Hier einige Beispiele:

Ulster gute Qualitäten, mod. Farben u. T.
anz Steppulster, 62.-, 56.-, 50.-, 44.-, 38.-, 32.-, 26.-, 20.-, 14.-, 8.-, 2.-

Paletots schwarz u. marengo, u. Samt-
anz gut. Futter, 46.-, 40.-, 34.-

Moderne Herren-Anzüge
tagelange Dunde, neueste Muster, 1- und
2reihig . . . 36.-, 32.-, 28.-, 24.-, 20.-, 16.-, 12.-, 8.-, 4.-, 2.-

Blau-Anzüge reinweiß, Kammer-
garn, 1- und 2- reihig, 36.50

Joppen warm gefüttert, schwarze Qu-
antel . . . 28.-, 24.-, 20.-, 16.-, 12.-, 8.-, 4.-, 2.-

French-Coal 14.50, Leder- und
Garnel-Mäntel ebenfalls billig.
Kleidermacher 438, Reuschestraße 52

Tuch- u. Maßgeschäft

Chimowitz

Nur Teichstr. 27 ptr., Kammringweg
Kein Laden

Wichtig! Vorteilhaft! Wichtig!

Bei Extra Bedarf an
Damen- u. Herren-Bekleidung

Best. reich und billig. Bitte nur bei
Gen. Harnack, Reuschestraße 11

Bestellungs-
Service und noch wichtiger! Reich genügt!
Bestellungen u. Besuche. In Rebet!

Weihnachts-Geschenke

in unerreicher Auswahl
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Silb. u. gold. Damen- u. Herren-Uhren
Kam- u. Zimmerschloß mit herrlicher Gänge-
Kühnschloß neueste Muster
Einrichtungen billig. Wechsel mit Leichtigkeit
Für jede Uhr schließliche Garantie
Eigene Fertigung v. Nestelben Uhrwerken, Uhrzüge,
moderne Schmuck etc.

Goldene Trauringe

arbeiten nach Gewicht. Gewissung gratis.
Jedes Paar hat
einmal beim Einsetzen **Extra-Reibst**
Das 45-jährige Bestehen meines Geschäfts
beruht auf besonderer Leistungsfähigkeit.
Eigene Reparatur-Werkstatt

Albert Möwius

Achtung! Mein 1886 gegründetes Geschäft
befindet sich unter meiner
persönlichen Leitung nach wie vor

Einzug in die Schmiedestraße 56
in der Schmiedestraße
Kleine Filiale. Mit Geschäftsinhaber
ich unterhalte keine Verbindung. Name hat meine Firma nichts zu tun.

berücksichtigt unsere Inserenten!

Wofür Wilhelm Geld hat?

„Genietal“ mit Musik — Wilhelmine und der konstante Blis

In diesen Tagen lief bei der kaiserlichen Schatzkammer in Berlin ein Schreiben der österreichischen Regierung ein, in dem um Austunft gebeten wurde, die 100.000 Mark, die das Haus Doorn einem gewissen Karl Schappeller zur Verfügung gestellt hatte, durch die Schatzkammer ausgezahlt werden seien. Der Verwaltungsausschuss dieser Behörde bei ihm nicht verbucht sei. Man hatte wohl kaum in der Annahme, daß die Summe von 100.000 Mark aus direkt an Herrn Schappeller gezahlt worden ist.

Wer ist dieser Karl Schappeller, und was vermochte die kaiserliche Schatzkammer für ihn zu erringen? Ist es ein rechtschaffener Mann, ein kaisertreuer Verschwörer? Nichts von alledem. Herr Schappeller war, bevor er seinen Beruf und seine Berufung erkannte, ein simpler österreichischer Hofmeister. Seine Laufbahn zu Ruhm und Glück begann er im Jahre 1919 für geistesgestört zu werden und in Zwangspension kam. Was er nun folgenden Jahren trieb, wird sich wohl nie einwandfrei herausstellen. Jedenfalls trat er vor vier Jahren als verheirateter Mann auf, der die Ruine des Schlosses Aurologsmünster nicht weit von Gaispach — kaufte und umfangreiche Reparaturen ausführen ließ. Wer ihm das Geld vorgestreckt hat, ist heute noch nicht erwiesen.

Seit heute noch nicht erwiesen. Er begann ein geheimnisvolles Treiben auf dem Aurologsmünster: Techniker zogen ein, Maschinen wurden angeschafft, Laboratorien eingerichtet. Und ein Geräusch dröhnte durch die Gegend: Falschmünzer? Giftgas? Bis Herr Schappeller eines Tages ein Büchlein herausgab, das er „Raumkraft“, ihre Erschließung und Auswertung nannte.

Man mußte man allerdings genug. Die „Geheim-Broschüre“, die er herausgab, war ein dilettantisches und törichtes Gemisch aus technischen und physikalisch-chemischen Dingen, die in der Regel von philosophischem Geisteswahn angefüllt waren. In der Broschüre, soweit sie sich mit Herrn Schappellers Erfindungen befaßte, war der Fall nun erledigt; nicht aber bei denen, die Herr von Aurologsmünster, die nie alle werden. Schappeller behauptete die ganze Gegend zu beschäftigen: die Handwerker und die Kleinbürger und Geschäftsleute. Alle kreditierten ihn, Arbeit oder Ware, alle glaubten an ihn, alle sahen in ihm die Welt Heil in seiner „Raumkraft“ oder „Urkraft“. Die Weisheit Schappellers war ein merkwürdiges Gemisch aus Dummheit, Frechheit, Ignoranz und Selbstvertrauen. „Ich habe entdeckt“, erzählte er seinem Interessenten, „die Physik auf ihrer heutigen Grundlage nicht besitzend. Ich habe eine neue Kraft gefunden, deren Ausnutzung eine Revolution der heutigen Technik bedeutet. Mein Slogan lautet nicht „Zurück zur Natur“, sondern „Vorwärts zur Natur“. Man darf sich nicht mit der Oberfläche der Erscheinungen begnügen, sondern muß jede Erscheinung als Wirkung einer Kraft — und zwar einer einzigen, nicht mehrerer Kräfte, die Wissenschaft behauptet — auffassen. Diese Kraft nenne ich „Raumkraft“, sie hält die Welt zusammen.“ In diesem Stil über-

schüttete Herr Schappeller den gläubigen Laien mit phantastischen Projekten: er wollte eine Art „konstanten Blis“ zwischen Himmel und Erde als Urkraft-Energiequelle erzeugen; er wollte die ganze Welt umgestalten und sämtliche politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme im Handumdrehen lösen, die Welt in ein Schlaraffenland verwandeln und selbst zum zweiten Heiland avancieren.

Es dauerte eine ganze Zeit, bis man das Schloß Aurologsmünster und seinen merkwürdigen Bewohner mit etwas skeptischeren Augen betrachtete. Gerüchte tauchten auf: die Urkraft ist ein Bluff — Schappeller wird seine Schulden nicht bezahlen — Schappeller wird plötzlich ausrücken. Nein, der Kaiser hat ihm eine Million zugestimmt — Industrielle kaufen die Urkraft auf. ... Noch hing in den Musikantenläden der umliegenden Ortschaften der „Schappeller-Triumph-Marsch“, komponiert von einem musikalischen Gläubigen, und noch konnte Schappeller den um Bezahlung drängenden Lieferanten frech erklären: „Ihr müßt an mich glauben!“ Bis einer, der Architekt des Schlossumbaus, nicht mehr an ihn glaubte, seine Forderung der nächsten Sparte zederte und trotz entrüsteter Proteste der ganzen Bevölkerung den Wechsel des Herrn Schappeller „plagen“ ließ. Das Spiel im Schloß war zu Ende. Nun verfiel der Glaube an den Urkraftfinder aus den Herzen wie Schnee an der Sonne; die Bauern, die ihm ihre Sparpennige geliehen hatten, hätten ihm am liebsten den Schädel eingeschlagen, die Geschäftsleute, die das Inventar geliefert hatten, verloren insgesamt 250.000 Schilling, hundert Handwerker und Arbeiter warteten auf Lohn, die Techniker auf ihr Gehalt, die Maschinenlieferanten auf Bezahlung. Schappeller selbst redete noch große Töne: „Wir haben mit Kaiser Wilhelm verhandelt. Eine Million war uns zugesagt. Aber Herr Präsident Nitz, der kaiserliche Schatzkammerverwalter, hielt es für gut, uns nicht alles auf einmal auszubezahlen — und nun haben wir verzichtet! Das möchte ich feststellen: wir haben Wilhelm II. fallen lassen! Nicht er uns! Wir wollten ihn nicht mit der Urkraft auf den Thron bringen. Das liegt uns fern; er hätte nur Gelegenheit gehabt, durch Unterstützung unserer Idee gutzumachen, was er vorher schlecht gemacht hat.“

Damals hielt man die Worte Schappellers für einen unwahrscheinlichen Schwindel, wie es ja die ganze Urkraft war. Und nun hat sich doch allem Anschein nach in der Gerichtsunternehmung herausgestellt, daß Schappellers Erfindungen über seine Geldquellen durchaus zuträfen. Vielleicht ist sogar etwas Wahres an einer anderen Behauptung des großen Scharlators: daß Frau Hermine aus Doorn ihren Besuch zugestimmt hatte. Es wurde nichts aus dieser allerhöchsten Bitte; eines Nachts verschwand Herr Schappeller sang- und klanglos aus seinem Schloß samt Urkraft, Welterlösung und konstantem Blis. Was zurückblieb, war eine Ruine voller unbrauchbar gewordener Maschinen, ein halbes Gläubiger und ein Kistenlager voller „Tati-Tata“, wie es in der alten Melodie heißt, „für unser Geld“.

Nordpolarforscher Sverdrup †



Am 26. November ist im Alter von 76 Jahren einer der bekanntesten Polarforscher, Otto Sverdrup, in seiner norwegischen Heimat gestorben. Seinen Ruhm begründete er als Begleiter Nansens auf der „Fram“-Expedition und als Entdecker des nach ihm benannten Archipels im arktischen Nordamerika.

Er war über ein Seil gestiegen hatte, das über den Niagara-Fall gespannt war, brach sich das Genick, als er nur drei Jahren in New York über eine Bananenschale stolperte...

Frei als Kunststricker

Auf Anordnung des thüringischen Volksbildungsministeriums sind in aller Stille sämtliche bisher dort ausgestellten Gemälde der modernen Abteilung entfernt worden und auf den Speicher gewandert. Es handelt sich u. a. um Werke von Klee, Kandinsky und Feininger.

Abgeordneter v. Kardorff erkrankt

Der bekannte volksparteiliche Reichstags-Abgeordnete v. Kardorff ist schwer erkrankt und wurde in der Nacht zum Donnerstag in dem Berliner West-Sanatorium operiert. Eine unmittlere Lebensgefahr für den Patienten besteht zunächst nicht.

Lebend verbrannt

In Muiden unweit Amsterdam stießen zwei Automobile zusammen. Der Führer des einen Autos wurde schwer verletzt, der neben ihm sitzende Monteur verbrannte in dem in Brand geratenen Auto. Die Insassen des anderen Autos kamen mit leichten Verwundungen davon. Der ums Leben gekommene Monteur hinterläßt eine Frau und drei minderjährige Kinder.

Petroleumquellen im Kaukasus entdeckt

In der Nähe der russischen Stadt Grosnj im Kaukasus stieß man bei Bohrversuchen in 1000 Meter Tiefe auf Petroleumquellen. Da Erdöl in großer Menge und mit ungeheurer Gewalt aus dem Boden fließt, nimmt man an, daß das 80 Kilometer von Grosnj entfernte Lager zu den größten Naphtharevierern Rußlands gehört.

Schweres Straßenbahnunglück in Italien

Ein Straßenbahnzug der Linie Fermo—Porto S. Giorgio stürzte infolge Entgleisung von einer Brücke in eine darunter laufende Straße ab. Sieben Personen wurden getötet, elf verletzt.

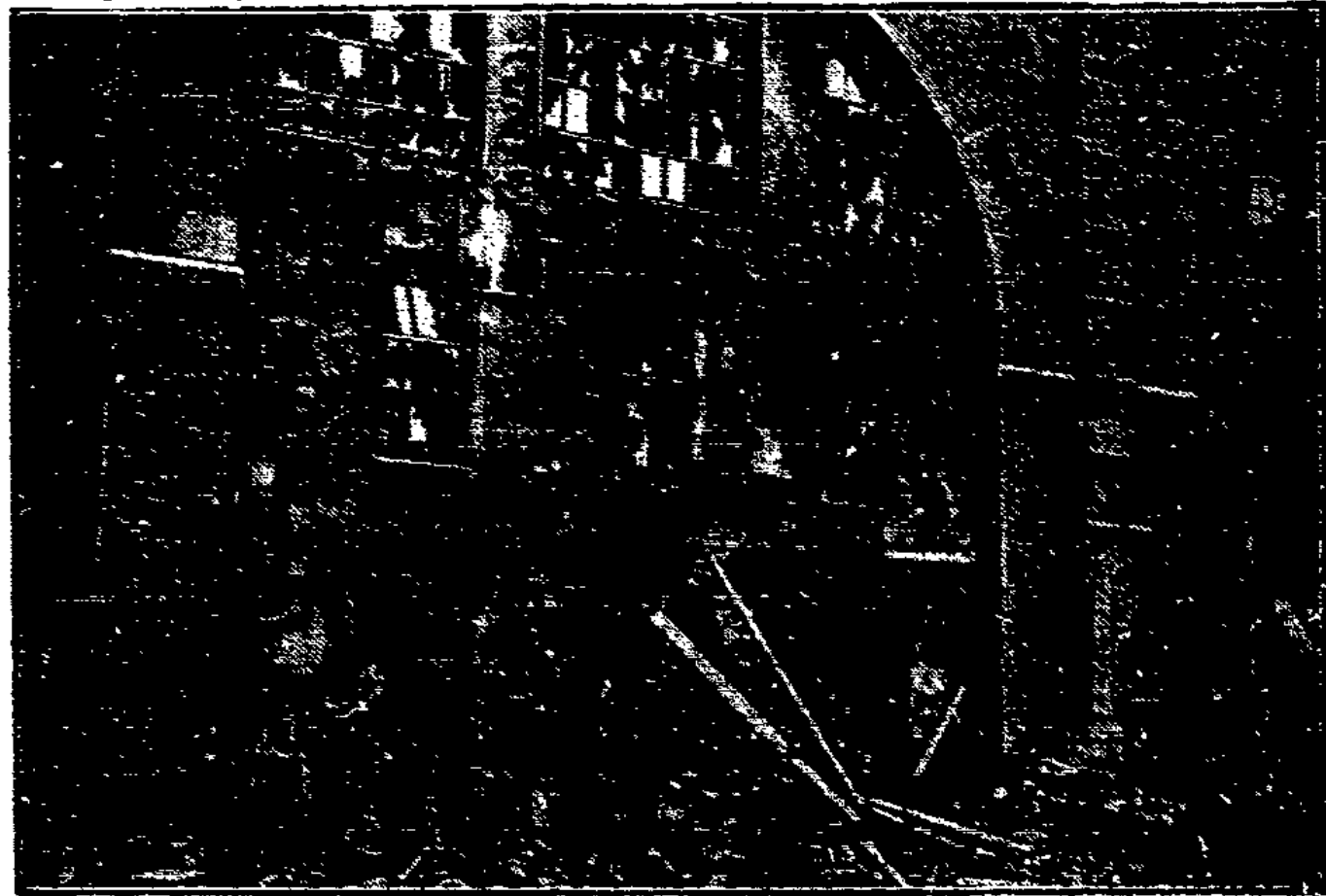
Erderschütterung in Spanien

In der Nähe von Alicante (Spanien) erfolgte eine Erderschütterung. Sechs beim Bau einer Eisenbahnstrecke beschäftigte Arbeiter wurden getötet.

Hauseinsturz in Frankreich

Ein schwerer Arbeitsunfall ereignete sich in St. Nazaire (Frankreich), wo infolge des andauernden Regens ein Neubau in sich zusammenstürzte, während die gesamte Belegschaft sich auf dem Baugerüst befand. Fünf Arbeiter wurden verletzt, darunter drei lebensgefährlich.

Explosion in einer Wiener Fabrik



In einer Fabrik für Bligktpulver im Wiener Augartenbezirk Döbling ereignete sich vor einigen Tagen eine heftige Explosion, die — neben erheblichem Sachschaden — mehrere Tote und zahlreiche Verletzte forderte.

Wilder Mord auf offener Straße

Ein Amtsgerichtsrat erschossen
Der aussichtsreiche Richter des Eberswalder Amtsgerichts, Amtsgerichtsrat Professor Görde, wurde gestern mittag vor dem Reichlichen Hofgericht von dem Feind Borstein aus der Stettiner Straße durch einen Schuß in den Rücken niedergestreckt. Der Täter war auf Amtsgerichtsrat Görde mit den Worten hingetreten: „Sie haben mich verraten!“ Gleich darauf zog er seinen Revolver und schoss. Der verwundete Richter wurde sofort in das Augusta-Bittoria-Spital gebracht. Er ist dort bald nach seiner Einlieferung seiner Verletzung erlegen. Der Täter, Feind Borstein, wurde durch die Staatsanwaltschaft Prenzlau, deren Vertreter in Eberswalde gekommen, vernommen. Borstein war ein 35-jähriger Querschnitt und führte fortwährend ein Leben aller Art. Vor einiger Zeit war er wiederum in einem Prozesse rechtskräftig verurteilt worden und saß im hiesigen Gefängnis gegen Sünde, der in diesen Prozesse den Richter erschossen hatte. Bei der ersten Vernehmung durch die Staatspolizei gab Borstein ohne weiteres zu, daß die letzte Tat hatte, den Richter zu erschießen. Amtsgerichtsrat Görde, dessen Tätigkeit als aussichtsreicher Richter des Eberswalder Amtsgerichts noch Dozent und Professor an der hiesigen Hochschule war, hand Inz vor seiner Pensionierung, die die Altersgrenze erreicht hatte. Er war 65 Jahre alt und wurde als Borstein den Mordanschlag auf ihn verübte, auf dem Weg zur Hochschule, um eine Vorlesung abzuhalten.

Mordanschlag auf den D-Zug Berlin-Stockholm

Am Abend wurde auf der Strecke Angermünde—Faherswalde in der Nähe der Haltestelle Seelübbe auf den Zug D 17 Berlin—Stockholm ein Attentat verübt. Auf den Bahnlörper sind ein 14-jähriger Knabe und ein 15-jähriges Mädchen im Gewicht von 14 Zentnern und eiserne Gelanderteile getroffen worden. Die Schienentäumer der D-Zug-Lokomotive zerstörten jedoch das Hindernis. Der Zug fuhr ohne Aufenthalt weiter. Reisende wurden nicht verletzt. Der Mordanschlag ist nicht gescheitert. Die Untersuchung ist noch im Gange und wird geführt von der Staatsanwaltschaft Prenzlau, der Staatspolizei und Verwaltungsstelle der Reichsbahndirektion.

„Do X“ in Lissabon

Am Donnerstag nachmittag 3,15 Uhr landete „Do X“ nach langem Flug ab La Coruna in Lissabon. Eine große Menschenmenge begrüßte das Riesensflugzeug.

Großsender Heilsberg

17 Kilometer von Königsberg entfernt wurde ein neuer Großsender errichtet. Gleich dem badischen Großsender Heilsberg wird er eine Leistung von 75 Kilowatt aufweisen. Die Bauarbeiten sind in der Gegend des neuen Senders, der Königsberger Welle 276 arbeiten wird, Anfang dieses Jahres abgeschlossen.

Lohnabbau = Guillotine in Tätigkeit

Was ist mit der Arbeitszeitverkürzung?

Die Lohnabbau-Guillotine hat zu tun. Eine große Anzahl von Lohnstarifen ist gekündigt und abgelassen. Fast in allen Fällen verlangen die Unternehmer im Durchschnitt einen Lohnabbau von 10 bis 25 Prozent. Ueberall werden Schiedsprüche gefällt, die in der Regel einen Lohnabbau vorsehen, der sich zwischen 6 und 8 Prozent bewegt. Meistens wird dieser Lohnabbau halbiert; die Hälfte oder ein Drittel der Lohnkürzung geht sofort ein, die noch übrigbleibende Kürzung der Lohnsätze soll im Januar oder Februar des kommenden Jahres eintreten. Lohnabbau-Schiedsprüche haben bis jetzt in erster Linie die Metallindustrie heimgesucht. Die Lohnabbau-Parole des Berliner Metallschiedspruchs wirkt sich aber, wie vorauszusehen war, nicht nur in der gesamten Metallindustrie, sondern auch in den übrigen Industrien und Gewerben verhängnisvoll aus.

Die Arbeitnehmer stehen in Abwehrstellung, und Defensiv ist immer schwieriger als Angriff.

Während der Lohnabbau in vollem Gange ist, läßt sich von einer Arbeitszeitverkürzung nirgends etwas beobachten. Kein Wunder; denn der Reichsarbeitsminister hat ja deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er sich von einer Arbeitszeitverkürzung nicht viel für eine Entlastung des Arbeitsmarktes verspricht. Das Unternehmertum betrachtet die Forderung der Gewerkschaften, durch Arbeitszeitverkürzung eine Arbeitsfreudigkeit herbeizuführen, bereits als erledigt. Die Unternehmerpreise stellen das höchste Gut dar. Man braucht sich demnach nicht zu wundern, daß nun auch die Arbeitszeitverhandlungen bei der Reichsbahn gescheitert sind.

Die Verantwortung dafür, daß nur mit Hilfe von Lohn- und Preisabbau eine Anturhebung der Wirtschaft versucht werden soll, trägt die Regierung. Wir beneiden sie nicht um diese Verantwortung, denn einstweilen liegt hier klar zutage,

daß nur der Lohnabbau motiviert, die Preisabbau-Aktion dagegen ins Stocken geraten ist.

Die vorläufige Bilanz ist negativ, und wie wird die Endbilanz aussehen? Wird die Regierung jetzt nach der Fahrenflucht der Wirtschaftspolitik mit größerer Energie die Preisabbau-Aktion fortführen? Unter diesen Umständen muß man den Gewerkschaften Recht geben, wenn sie erklären, daß die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Bränning verfehlt ist.

Der Schiedspruch zur Beilegung des Lohnstreits in der Rheinisch-Westfälischen Eisenbahn wurde, lautet:

1. Die bisherigen Gehälter und Löhne bleiben über den durch die Kündigung gegebenen Ablauftermin hinaus in Kraft. Mit Wirkung vom 22. November 1930 ab beträgt der Wochenlohn für den Matrizen mit vier Beiratsjahren 40 Mark, für den Heizer mit 6 Monaten Beiratsfähigkeit 45,30 Mark. In übrigen Ermäßigungen sind die Löhne und Gehälter nach der bisherigen Berechnung um 7 Prozent. Dies gilt auch für die sogenannten Zeitgehälter im Sinne von Ziffer 2, Absatz 3 des Tarifvertrages der Kapitäne, Schiffsführer und ersten Maschinisten. Nachregelungen aus Anlaß dieser Lohnbewegungen sind nicht stat. Das einzelne Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.

2. Diese Abmachung ist erstmalig am 1. März 1931 zum Monatsende und dann jeweils mit 4 Wochen Frist in gleicher Weise kündbar. Die Entlassungsfrist läuft bis zum 1. Dezember.

Nach diesem Schiedspruch, der mit den Stimmen des Schlichters und der Arbeitnehmer gegen die Stimmen der Arbeitgeber zustande gekommen ist, beträgt die durchschnittliche Kürzung der Löhne pro Woche 2,50 bis 3 Mark. Das sind 7 Prozent Lohnabbau. Die Unternehmer wollten die Löhne um 10 bis 25 Prozent kürzen.

Bei den am Mittwoch fortgeführten Verhandlungen über die Befreiung der Arbeiterarbeit und die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit im Reichsbahnbetrieb lehnten die Vertreter der Hauptverwaltung abermals jedes Entgegenkommen ab. Infolge dieser Einstellung haben sich die Vertreter der Gewerkschaften gezwungen, die Verhandlungen ergebnislos abzubrechen. Die Eisenbahner-Gewerkschaften haben unmittelbar nach dem Abbruch der Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums einen Schlichter zu bestellen und damit das Schlichtungsverfahren einzuleiten.

Die Haltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist nur dadurch zu erklären, daß sie jetzt in der Frage der Arbeitszeitverkürzung von oben herab keine Initiative zeigt; denn die Forderungen der Gewerkschaften belasten den Etat der Reichsbahn finanziell nicht im geringsten. Was die Eisenbahner verlangen, heißt lediglich darin, die Arbeit ohne wesentlichen Lohnabgang auf mehr Schaltern zu verteilen, um so des Haars der Arbeitslosen zu vermindern und die nach im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter der Reichsbahn vor weiteren Entlassungen zu schützen.

Der Schiedspruch für die rheinisch-westfälischen Eisenbahner

Bonn, 22. November. (Eig. Draht.)
Im Lohnstreit bei den rheinisch-westfälischen Eisenbahnen wurde am Donnerstagabend in Dortmund folgender Schiedspruch gefällt: Das vom 22. November geltende Lohnniveau wird für die Zeit bis zum 31. Dezember 1930 unverändert wieder in Kraft gelassen. Am 1. Januar 1931 ermäßigen sich die Löhne des Matrosen um 6 Prozent. Diese Regelung kann mit einmonatiger Frist ebenfalls zum 31. März 1931 gekündigt werden. Erfolgt eine Kündigung nicht, so läuft die Regelung mit der Dauer eines Monats bei gleicher Kündigungsfrist weiter. Die Entlassungsfrist zum Schiedspruch endet am 1. Dezember.
Die Tarifunterstützung haben zum 1. Dezember nach oben eine Konferenz einberufen, um so dem Schiedspruch Geltung zu verschaffen. Ein weiteres Verhandlungsstadium ist absehbar.

Stech-Welt-Stech in der Weihnachtswoche

Bonn, 22. November. (Eig. Draht.)
In der Metallindustrie Nordwest, insbesondere bei einigen Werken der Rheinischen Eisenbahn, ist mit Beginn der Glühlampenherstellung in der Weihnachtswoche zu rechnen. Die wesentlichen Arbeitsbedingungen für die Glühlampenherstellung in Rheinisch-Westfälischer Eisenbahn sind in Schiedspruch (2200 Mark Gehalt) sollen nach Verhandlungen mit Gewerkschaften nicht im wesentlichen die Einführung der Arbeit auf zwei Schichten und die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden beschlossen werden.

Bezirkskonferenz der Handels- und Transportarbeiter Schlesiens

Am 23. November fand im Breslauer Gemerkschaftshaus eine Konferenz der schlesischen Handels- und Transportarbeiter statt.

Die Einberufung der Konferenz war notwendig, weil die Arbeitgeber im Transportgewerbe den Manteltarifvertrag gekündigt haben.

Der Reichsfachgruppenleiter, Kollege Streper, referierte über die Lohn- und Tarifpolitik des Gesamtverbandes. Der Redner betonte eingangs seiner Ausführungen, daß die erfolgte Verschmelzung eine Notwendigkeit im Interesse der Arbeiterklasse gewesen wäre, daß aber innerhalb der Fachabteilung und Fachgruppen die besonderen Interessen jeder Gruppe sorgfältig vertreten würden. Der Referent schilderte nunmehr die Veränderungen in der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, welche durch Konzentration der Kapitalmächte und durch die Nationalisierung entstanden sind. Wirtschaftskrisen seien durch den Kapitalismus von Zeit zu Zeit bedingt. In politischer Beziehung haben die Wirtschaftskrisen zu einer Stärkung der radikalen Parteien geführt. Die Arbeitgeber bemühen sich in der gegenwärtigen Krise die Löhne zu vermindern und zum Teil den Abschluß von Lohnstarifen zu sabotieren. Dennoch darf aber die Arbeiterklasse nicht pessimistisch sein, sondern sie darf den Glauben nicht verlieren, daß nach Beendigung der Krise die Arbeiterklasse mit neuer Kraft zu weiteren Aufstiegen erziehen wird.

Der Bezirksleiter Kollege Przybylski referierte sodann über: Tarifwesen im schlesischen Transport- und Handelsgewerbe. Nach einem Rückblick auf die Arbeitsverhältnisse in der Vorkriegszeit schilderte der Redner das allmähliche Zustandekommen von Haus- und Ortstarifen, die schließlich zum Abschluß eines Bezirksstarifes für das Spektations- und Transportgewerbe führten.

Ferner wurde auf den Abschluß von Tarifverträgen mit Genossenschaften, Kollereien und einigen Ortstarifen hingewiesen. Die Konferenz stellte eine Anzahl Änderungsanträge für den kommenden Neuaufschluß des Manteltarifvertrages.

Gauleiterkonferenz des Fabrikarbeiter-Verbandes

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hatte am 15. und 16. November 1930 seine führenden Funktionäre zu einer wichtigen Konferenz zusammengerufen, um Stellung zur Lohn- und Arbeitspolitik zu nehmen. Der Verbandsvorsitzende August Srey behandelte in einem großangelegten Referat die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge. Er fand scharfe Worte gegen die Lohnabbau-Politik, die zur Verschärfung der Wirtschaftskrise führen muß. Dem Fabrikarbeiter-Verband ist es in den zurückliegenden Monaten trotz der Krise im großen und ganzen gelungen, die Lohnabbauversuche abzuwehren. Nach einer vorliegenden Statistik der Lohnbewegungen hat der Fabrikarbeiter-Verband im Jahre 1930 bis zum 30. September 28 Lohnbewegungen geführt, wovon 207 Bewegungen erfolgreich waren.

In den Angriffsbewegungen konnten für 5610 Beschäftigte Lohnverbesserungen, für 157.197 Beschäftigte sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht werden. In den Abwehrbewegungen wurden für 62116 Beschäftigte Lohnverbesserungen, für 97.410 sonstige Verbesserungen erfolgreich abgewehrt. Gegenüber den Angriffen der kommunistischen Gewerkschaften, die mit maßlosen Verleumdungen und Verdächtigungen das Vertrauen der Mitglieder zum Verbande zu untergraben suchen, steht die der Verband zu entschiedenem Abwehrmaßnahmen gedrängt.

In der vom Tarifreferat Parjisch gegebenen Uebersicht über den Stand der Lohn- und Tarifbewegungen konnte festgestellt werden, daß die Tarifsätze gehalten wurden. Der Verband stellt der Parole der Unternehmer auf Senkung der Löhne die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit entgegen, um eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Darauf abzielende Schritte des Verbandes haben in der Harburger Spezial-Industrie Erfolg gehabt. Stähler, Brandenleiter für die Große Papier, betonte, daß in der Papierindustrie eine wesentliche Preisverbilligung ohne Lohnherabsetzung möglich sei. Infolge des Rückganges der Rohstoffpreise (Papierholz, etc.) und der produktionssteigernden Wirkungen der Rationalisierung. Srey, von der Chemischen Industrie wies nach, daß der Lohnabbau infolge der Rationalisierung und der Verminderung der Beschäftigten bei gleichbleibendem oder gar gesteigerten Produktionsmengen weitgehend gestoppt ist. Die 3. G. Farben-Industrie hat in ihrem Werke die Zahl der Arbeiter in den letzten beiden Jahren um circa 2500 vermindert, während die Produktion im allgemeinen keinen Rückgang erfuhr. Für eine Reihe von Erzeugnissen liegen Produktionssteigerungen vor. In dem Hauptwerk der Continentalen Gummiwerke Hannover ist die Zahl der Beschäftigten von circa 11000 im Jahre 1927 auf 9000 im Herbst 1930. Die von der Continental ausgelagerten Betriebe „Peters Hain“, „Frankfurt am Main“, „Lissa“ u. S. w. in Schlesien, Württemberg, Hannover, die früher circa 2000 Arbeiter beschäftigten, sind stillgelegt. Auch in der „Kontinental“ des anderen großen Werks der Continental, ist die Zahl der Arbeiter stark zurückgegangen. Hingegen dürfte ein Produktionsrückgang im Gesamtwerk gegenüber 1929 nicht eingetreten sein. Produktionssteigerungen wurden auch von anderen anderen Werken hergeleitet. Der Kargerine-Industrie stellt die gleichen Produktionsmengen mit der Hälfte der Arbeiterkräfte von 1929 her. Die Vertreter der Gruppen Feinleinwand und Glas wählten die Schlichterinnen, denen sie bei den Verhandlungen und bei den Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium begegnet sind. In ihren Kreisen ist das Vertrauen zu dem amtlichen Schlichtungsverfahren sehr gestiegen. Als Willensbekundung der Konferenz wurde eine Entschließung zur Lohn- und Arbeitsfrage einstimmig angenommen, in der der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands scharfen Protest gegen alle auf Lohnabbau gerichteten Bestrebungen, insbesondere aber gegen die in letzter Zeit gefällten Schiedsprüche der kapitalistischen Schlichter erhebt.

Eine Kundgebung internationaler gewerkschaftlicher Solidarität lehnt die einmonatige Verkürzung der Konferenz, 1 Million Mark für eine Sonderunterstützung der ausgebeuteten arbeitslosen Verbandsmittglieder an. Die Verhandlungsgegner werden verurteilt, einen nach der Schlichter abgegebene Contenance, gemäß auf die Dauer von 6 Monaten zu enthalten. G. R.

Bankentrost in Paris

Paris, 22. November. (Eigener Funkbericht.)
Der Kurs der Banken in Paris ist weiter an dem Donnerstag Morgen um 7 Prozent gegenüber dem Vortage zurückgegangen. In der Konferenz der Banken in London ist ein Defizit von 20 Millionen Pfund seine Schalter geschlossen.

Nachdem der Vorsitzende des Breslauer Reichsbahn-Alexander, einige Ausführungen über die Notwendigkeit der Notwendigkeit „Schwarz-Rot-Gold“ gegenüber der Gefahr gebracht hatte, fand eine eingehende Diskussion über die wichtigsten Fragen statt, an welcher sich Vertreter der Ortsvereinigungen Breslau, Gleiwitz, Sagan, Görlitz, Piesnitz, Schönewitz und Brieg beteiligten.

Sowohl die Ausführungen der Referenten wie der Diskussionen bewiesen, daß die schlesische Arbeiterklasse Handel und Transportgewerbe einig und geschlossen gegen alle Verschlechterungsbestrebungen der Arbeitgeber abzurufen.

Die Notwendigkeit neuer Beitragsklassen in der Invalidenversicherung

Die Invalidenversicherung muß im nächsten unter allen Umständen durch Aufstockung neuer Beitragsklassen wenigstens etwas finanzielle Hilfe kommen. Immer deutlicher zeigt sich, daß im kommenden mit einem Fehlbetrag von 70 bis 80 Millionen zu rechnen. Hoffentlich bringt das neue Jahr eine Entlastung des Arbeitsmarktes und damit eine Senkung des Beitrags für die Arbeitslosenversicherung in Höhe von 6½ Prozent diese Senkung ist die Voraussetzung für die Beitragsregelung in der Invalidenversicherung. Tritt keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt ein, dann werden die Dinge in der Invalidenversicherung sehr kritisch.

Der Reichsarbeitsminister hatte im Sommer noch gerechnet, daß die Aufstockung neuer Beitragsklassen erst in drei Jahren notwendig sei. Allein Arbeitslosigkeit steigende Rentenleistung — jedes Jahr sind 100 Millionen mehr für Renten notwendig — haben die Finanzlage der Invalidenversicherung überraschend schnell verschlechtert.

Britische Eisenbahner lehnen Lohnkürzung ab

Die britischen Eisenbahnergewerkschaften am Dienstag jede Lohnherabsetzung und damit die Vorläge der Eisenbahngesellschaften abgelehnt. Der Verband hat dem Antrag der Eisenbahngesellschaften, die Lohnkürzung einem aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Schiedsgericht unterbreitet werden, den Januar 1931 zusammentreten soll.

Keine Frachtenenkung bei der Reichsbahn

Generaldirektor Dopfmüller hat sich in der am 25. November in Berlin abgehaltenen Verwaltungskonferenz der Deutschen Reichsbahngesellschaft gegen eine ablehnende Haltung gegenüber dem allgemeinen Verlangen nach einer Frachtenenkung durchgesetzt. Der Verwaltungsrat erklärt, daß eine allgemeine Tarifermäßigung nicht möglich sei; sie hätte so starke Dislozierungen der notwendigen Materialbeschaffungen und Bauausführungen zur Folge, wie sie weder vom Standpunkt der Betriebswirtschaft noch von dem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tragbar seien.

Der Verwaltungsrat setzt sich also in Gegensatz zum Reichskabinett und insbesondere auch zum preussischen Handelsministerium angelegten Bemühungen, gerade eine Frachtenenkung die Selbstkosten in der Wirtschaft zu verringern, und damit einen Anstoß zu neuen Preisermäßigungen. Auch der Verwaltungsrat lehnt die in verschiedenen Preisen geforderte Senkung der Frachten für den gesamten Kohlenverand, für Erze, Baustoffe und Düngemittel, die jährlich sehr zu Suche schlagen, ab und beruft sich darauf, daß der Kohlentarif in dem bestrittenen Gebiete bereits herabgesetzt worden sei. Die auf die Verbilligung der Lebenshaltung auch durch Frachtenenkung nach breiten Massen werden mit der Ankündigung abgelehnt, daß die Reichsbahn zurzeit die Möglichkeit von Frachterhöhungen bei Waren der unmittelbaren Lebenshaltung „prüfen“. Unrecht wird wieder einmal betont, daß die Frachten für Kleinhandelspreise unwichtig sind, eine völlig abwegige Behauptung, denn die Summierung der Frachtposten auf dem vom Erzeuger bis zum Verbraucher und die darauf aufbauende prozentuale Spannenberechnung ergibt aus der Frachtenhöhe sehr beträchtliche Möglichkeiten zur Senkung der Kleinhandelspreise. Natürlich beruft sich auch der Verwaltungsrat auf die berühmte Mindereinnahme von 700 Millionen aus dem laufenden Jahr; er geht aber leicht darüber hinweg, daß der tatsächliche Ausfall durch die eingetretene Gabenentwertung nur etwa 250 Millionen Mark beträgt und daß diese Viertel Milliarde noch kein Defizit zur Folge braucht, wenn die vom Reich der Reichsbahn erlassenen Erleichterungen angerechnet und einige Reserven mit herangezogen werden.

Interessant sind Mitteilungen über die beim Fortschritt der Reichsbahn durchgeführten Gehaltskürzungen, insbesondere wegen der Umstände, die leider wieder verschwiegen wurden. Danach haben die Mitglieder des Vorstandes der Reichsbahn-Verwaltungsrat gegenüber auf 20 Prozent ihrer Gehälter Bezüge verzichtet. Ebenso hat der Verwaltungsrat beschlossen, die Dienstauswandsentschädigungen vom 1. Januar ab um 20 Prozent herabzusetzen. Die Öffentlichkeit hat sich sehr gerne entsprechend den mehrfachen Anfragen der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag absolute Zahlen kennengelernt, um die es sich bei diesen Kürzungen handelt. Diese Zahlen werden aber verschwiegen.

Die Hagenbergische Ufa bleibt auch für das vergangene Geschäftsjahr dividendenlos. Der Betriebsüberschuss gegenüber dem Vorjahr mit 2228 Millionen Mark wurde abgeteilt, ebenso die Handlungsauskosten (rund 2,1 Milliarden Mark). Dagegen sind die Zinsen von 1,12 Milliarden Mark, 1,49 Milliarden Mark gestiegen. Die Abschreibungen wurden 15,39 Milliarden auf 14,1 Milliarden Mark herabgesetzt. Aufrechterhaltung, die den Eindruck macht, als ob sie von hinten gemacht wäre, ergibt einen Reingewinn im ungefähren Betrag von 14,248 Milliarden für 1929/30 gegenüber 11,2 Milliarden Mark für 1928/29.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenkabinett gibt die Bilanz für den Monat Oktober mit 893 Millionen Tonnen an. Über dem Normal ergibt sich eine Steigerung von 0,56 Prozent gegenüber Oktober 1929 ist die Förderung um 19,50 Prozent gestiegen.

Der Abzug macht 5,704 Millionen Tonnen aus. Die Erzeugung gegenüber dem Vormonat beträgt 0,36 Prozent. Die Erzeugung gegenüber dem Oktober 1929 aber 16,7 Prozent. Dem Reich in Höhe von 5,704 Millionen Tonnen gegenüber dem Vormonat (im Vormonat 2,688 Millionen Tonnen) und 2,407 Millionen Tonnen (im Vormonat 2,823 Millionen Tonnen) nach dem bestrittenen Gebiet.



Fußball-Gesellschaftsspiele am 30. November

Siehe-Aktors am 14 Uhr in Gräbchen. Es ist ein sehr interessantes Spiel zu erwarten, bei welchem Stern Haupt im Vordergrund stehen dürfte. **Nadlik** um 14 Uhr in Schwofitz. Dieser Siegervorbericht ist ein sehr interessantes Spiel zu erwarten, bei welchem Stern Haupt im Vordergrund stehen dürfte. **Trebnitz** - **F.S.V.** am 14 Uhr in Gräbchen. Es ist ein sehr interessantes Spiel zu erwarten, bei welchem Stern Haupt im Vordergrund stehen dürfte. **Wiatislavia** am 14 Uhr in Gräbchen. Es ist ein sehr interessantes Spiel zu erwarten, bei welchem Stern Haupt im Vordergrund stehen dürfte. **Union** - **Valle** am 14 Uhr in Deutsch-Lissa. Es ist ein sehr interessantes Spiel zu erwarten, bei welchem Stern Haupt im Vordergrund stehen dürfte. **Wiatislavia** am 14 Uhr in Gräbchen. Es ist ein sehr interessantes Spiel zu erwarten, bei welchem Stern Haupt im Vordergrund stehen dürfte.

Fußballvorschau für den 30. November

Wiederholungsspiel um die schlesische Kreismeisterschaft auf dem Spartaplatz am Schlaachthoj
Am kommenden Sonntag sieht abermals die beiden Bezirksvereine von Breslau und Waldenburg im Kampf. Diesmal ist der Austragungsort Breslau. Bereits am 16. November standen sich die Mannschaften in Waldenburg gegenüber. Nach einem großen Sieg der freien Sportfreunde-Waldenburg den Breslauer Klub zu überlegen schlagen. Die Aufstellung der Mannschaften ist folgende:
Ortsteil
Breslau: Kothar, Schöneich, Mataschek, Biel, Wohlfahrt, Lauterbach, Pelz, Stehr, Kaiser

Diese Aufstellung in das Kitz und beste Gedächtnis, welches Waldenburg aufweisen kann. Wenn man die Mannschaft kurz betrachtet, dann kann man wohl sagen, daß alle 11 Spieler ein harmonisches Ganzes bilden. - S. F. L. wird in folgender Besetzung antreten:
Verteidigung
Gerth, Binkler
Sturm
Kogalki I, Kogalki II, Langner
Halbwehler
Gottschling, Kirchner, Wimmer, Heinrich
In dieser Aufstellung konnte sich die Breslauer Mannschaft erweisen. Noch einmal hat der Breslauer Meister die Möglichkeit, den Sieg für den 1. Bezirk an sich zu reißen. Das Spiel beginnt um 14 Uhr und geht bis zur endgültigen Entscheidung.

Handballvorschau für den 30. November

Mit diesen letzten Spielen am kommenden Sonntag ist die Handball-Halbserie beendet.
Männer-A-Klasse. Gruppe West: Stadelwitz gegen 1925 in Goldschmieden. Geht 1925 nicht besser aus sich heraus, wie in den letzten Spielen, so ist mit einer Ueberraschung zu rechnen. **Nachbarn** - **Nordost** auf dem P.S.B.-Platz. Gegen den Kreismeister wird Nordost schwer zu kämpfen haben, um ehrenvoll abzuschneiden. **Gandau** - **Silek** in Gandau. Wie Gandau gegen die Vereinigten abschneiden wird, ist sehr fraglich. **Männer-B-Klasse: Brzeg** - **4. Abteilung in Brzeg**. Durch die Gleichwertigkeit beider Mannschaften ist ein Sieg im voraus schwer zu treffen. **Nachbarn** - **Nordost** auf dem P.S.B.-Platz. Gegen Nachbarn wird die sehr unbeständige Nordostmannschaft wenig zu stellen haben. **Tennis** - **1. Abteilung im Stadion**. Der Spielweise nach mühte die 1. Abteilung den Sieger stellen, doch ist eine Ueberraschung nicht ausgeschlossen. 1897 gegen 5. Abteilung auf dem **Badelortplatz Opperau**. In diesem Spiel erwartet man 1897 in Front. **Ohlau** - **Freie Schwimmer in Ohlau**. Ob Ohlau gegen Freie Schwimmer gewinnen wird, ist sehr ungewiss. **Sportlerinnen: Silek** - **4. Abteilung im Stadion** um 10 Uhr. Durch den Sieg am Vortag gegen F.S.V. erwartet man auch in diesem Spiel, daß 4. Abteilung erfolgreich sein wird.
Spielausschub. 1. Dezember: Sitzung bei Hanke, Leuthenstraße. In Ladungsachen: Der gesamte Schiedsrichter-Ausschub mit Protokollbuch. Unbesetzten Plätze: Nachbarn und Kaluzja-Freie Schwimmer. Folgende Spiele müssen umgelegt werden: 8.30 Uhr: Nachbarn II - Nordost II; P.S.B.-Platz. 9.40 Uhr: Nachbarn I. Zed. - 8. Abteilung 1. Zed.; P.S.B.-Platz. 10.50 Uhr: Nachbarn I. Männer - Nordost I. Männer; P.S.B.-Platz. Schiedsrichter zu diesen Spielen bleiben dieselben.

Heute Abend

steigt in der Aula der Benderschule um 20 Uhr die November-Veranstaltung der Breslauer Naturfreunde, die eine Bildigung des Werkes von Käthe Kollwitz im Rahmen eines Bildervertrages bringt, zu dem Genosse Eggers die Erläuterungen geben wird. Mehrere Kurzspiele und Vorträge von Tucholski ergänzen die Vortragsfolge. Die Arbeiterportier sind freundlich eingeladen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund

1. Bezirk, 14. Kreis, Sonntag, 7. Dezember, 8.30 Uhr vor-mittags bis 13 Uhr findet in Breslau, Rodnik-Turnhalle (Siedlung Wöpelwitz), eine Bezirks-Kinderlehrstunde statt. Jeder Bezirksverein und Abteilung entsendet den Kinderturnwart und Vorturner.

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau E. V.

Kartell-Konferenz im Kartellbüro. Sämtliche Sparten müssen vertreten sein. Tagesordnung: Wahlen, Olympiade, Kart 1931.

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

Abteilungs-Vorsitzende, Turnwart, Sportleiter und Kartturner! Sonnabend, 20 Uhr, Zimmer 10 des Gewerkschaftshaus, wichtige Versammlung aller Abteilungs- und Vereinsfunktionäre. Vereinsvorstand eine halbe Stunde früher.

Arbeiter-Schachverein Breslau

Sonntag, 30. November, vormittags 9 Uhr, dritte Runde der Abteilungsmeisterschaften im „Jägerhof“, Gräbchener Straße 183. Abteilungen Südwest-Gräbchen spielen kombiniert. Gäste willkommen.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht

Geschäftliches

Ist die Zeit des „Schneipens“, bemühen Sie sich, ihn zu verhindern! Sobald Sie das nächste Mal auch nur ein Kitzeln der Halskneimhäute bemerken, reißen Sie einmal die Halskneimhäute mit einem kleinen Nadeln ein. Bereiten Sie die Creme durch Mischen der Teile und gleichzeitigem Vorarbeiten gut im Innern der Nase. Sie werden feststellen, daß die Reizerscheinungen schwinden, und der Schnupfen wird gar nicht erst zum Ausbruch kommen.

Es wind kalt
Sorgen Sie rechtzeitig für Ihre Winter-Garderobe

Auch ohne Geld
können Sie unsere anerkannt guten und preiswerten „Debege“-Qualitäten in Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung Pelz-Konfektion Mass-Anfertigung für Herren und Damen Wäsche aller Art, Herren-Artikeln, Schuhen, Teppichen, Gardinen, Läufferstoffen, Dekorationen jederzeit beziehen.

So erhalten unsere guten Kunden stets von uns selbst **Kredit** von **8 Monaten. Ohne Anzahlung** geben wir jede gekaufte Ware sofort mit unseren alten Geschäftsfreunden, Beamten, Festangestellten und Jedermann in gesicherter Wirtschaftslage **1. Rate Januar 1931**

Keine Besenkzeit. Keine peinlichen Nachfragen bei Vorgesetzten, Behörden oder Nachbarn. Individuelle, entgegenkommende und diskrete Bedienung!

Der gesamte Geschäftsverkehr liegt in eigener Hand und wird nicht von dritter Seite kontrolliert. Eine herrliche **Modenschau** bieten unsere sechs stets wechselnde Auswärtige Käufer erhalten Reisevergütung.

Kaufe gleich Zahle später

48⁰⁰ Mark kostet dieser Ulster-Paletot
aus vorzüglichen dunkelgemusterten Velourstoffen auf Kunstseide gearbeitet mit Stoff- oder Samtkragen. Er ist ganz hervorragend billig!

Haus-Smokings aus molligen Flauchstoffen mit zwei oder drei Agraffen . . . 19.75	12⁵⁰
Herren-Ulster aus bräunlichen u. rosenholzfarbigen Ulsterstoffen auf Kunstseide gearbeitet mit Rund- oder Rückengurt . . . 29.50	24⁵⁰
Ski-Anzug Imprägniert 90%, Wolle sportlich geeignet vom D. S. V. Blusenform mit Reißverschluss . . . zum Knöpfen	28⁵⁰
Ski-Anzug marine blauer Skitriko, Blusenform besonders strapazierfähig	45⁰⁰
Ski-Anzug marine blau: Skitriko reißfeste Qualität, imprägniert, Blusenform. Sportlich geeignet vom D. S. V. Norwegertorm Jacke gefüttert	58⁰⁰
Herren-Paletots schwarz und marango zweireihig mit Samtkragen, ganz auf Kunstseide gearbeitet	29⁵⁰
Herren-Anzüge blau, reinwoll. Kammgarnqualitäten in zweireihiger Form	36⁰⁰
Herren-Ulster reinwollene, moderngemusterte Velour-Qualitäten in tadelloser Verarbeitung	58⁰⁰

L. Tietz AG Breslau
Unsere Liefer-Autos bringen alle Erleichterung bei der Fahrt

T I E T Z
Ohlauerstraße 71-73

Schriftliche Bestellungen werden sofort erledigt

Debege
DEUTSCHE BEKLEIDUNGS-GESELLSCHAFT
Das bevorzugte Kaufhaus mit Kreditbewilligung
Winterm. Hr. 48

Der Wahre Jacob
Lebensbilder erzählt von Willy Ochs
Robert Owen
Preis 70 Pfennig
Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

Sozialdemokratisches Zentralblatt
Zu haben in der Volkswacht-Buchhandlungen und bei den Zeitungsverlegern

Preis 20 Pf.

Wenn Sie



Herren-Mantel Paletot oder Anzug

kaufen wollen, so gibt es nur **einen Weg**

Auf zu **Gebr. Lachmann**
Unsere Riesenfensterauslag. sagen alles!
Die Preise sind teilweise

10 bis 30% herabgesetzt!

Die Auswahl ist enorm!
Unsere Hauptpreislisten für nur erprobte Qualitäten
5200, 4600, 4200, 3750, 2850, 2550

Ein Posten **hochw. Wintermäntel** weil nicht in allen Gr., für die Hälfte der bisherig. Verkaufspreise.
Jeder Einkauf bei uns bedeutet **Geldersparnis!**

Gebr. Lachmann

Herrenbekleidung eigener Herstellung
Breslau, nur Reuschestraße 57 Ecke Krullstr.

Unübertroffenes Angebot!

Damen-Mäntel

Preise, die Sie nirgends finden!
Velour, die große Mode, neueste Farben mit großen Kragen, ganz auf Fütter
36.- 32.- **17.50**
28.- **12.50**
Ottomane, beste Qualitäten z. T. auf Steppfutter, mod. Kragen, 38.- **12.50**
33.- 25.- **12.50**

Mädchen-Mäntel

aus Resten gearbeitet, weiß unter Preis.
Strickwesten u. Pullover, größte Auswahl, weit unter Preis! 50%
Bekleidungshaus G. Cheimowitz
Nur Teichstraße 27, parterre
Kein Laden!

Die „Frauenwelt“

den Frauen zum Lesen, Denken und Schönen!

Frauenwelt

Eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes
Preis 35 Pf.
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Preis-Abbau!



Nur Qualitätsware
Herren-Nappa-Ganzstepper mit Fausch-Futter
Damen-Nappa-Ganzstepper mit Fausch-Futter.

625

Paul Marezky

Breslau
Postst. 6 • I. Etage

Uran

12 Monatshefte
und 4 Bände
Der Populäre
Friedhof
So besch. durch die
u. Zeitung u. die

Billige Schlager in der Konfektions-Etage

Durch Großeinkäufe, durch riesige Selbstanfertigung zur großen Leistung!

Kleinkind-Kleidchen
a. mittelalt Velouren Sattelform, f. 1-3 Jahre durchweg Stück
Knab.-Leibchenhos. a. gestreift, u. kar. Stoff l. fest. Qual. f. 2 J., Paar **95**



Kleinkind-Kleidchen aus pa. Waschstoff, in vielen modern. Farben z. Teil Hängerform, mit Kurbelstickerei u. Krag für 1 bis 3 Jahre durchweg Stück **95**

Knaben-Kniehosen aus englisch gemustert. Noppenstoffen, in festen Qualitäten, f. 7-14 Jahre durchweg Stück **1195**

Mädchen-Schulkleid. aus gutem waschbarem Velour, viele neue Must. für 5 bis 11 Jahre für 5 Jahre . . . Stück **1195**

Kittkleidchen aus pa. Laasstoff, i. weiß u. bunt m. lang. Arm, f. 1-3 Jahre durchweg Stück
Kleinkinder-Popeline-Kleidchen in vielen Farben, für 1-4 Jahre **1195**

Backfisch-Kleid
a. warmen mollig bearbeiteten Stoffen in hübschen Farb. u. Mustern **3.95**
Sink **3.95**

Frauen-Velour-Kleid
bis zu den gr. Werten in mittel- und dunkel-gründigen Mustern **5.95**

Frauen-Kasack und „Blusen, Velour und Flanel, i. verschiedenen gedeckten Mustern, teilweise zum Durchknöpfen in mer guten Qualitäten **1195**

Damen-Morgensüßchen mollig, fertige Lammfell-Stk. in schönen Farben, St. **3.95, 2.95**



Handgehk. Kinder-Garnitur 2 tlg. besteh. aus Mütze u. Jackchen, bunt und weiß, passend bis zu 1 Jahr, Garnitur **2.95**

Damen- u. Backfisch-Faltensüßchen, blau Popeline u. reinwoll. Cheviot, in verschiedenen hübsch. Plisseestellung. **4.95**

Herren-Stoff-Kniickerbocker sauber verarbeitete Streifenhosen, Khakifarbige Körper-Bernsteinstiel für Herren, durchweg St. **2.95**

Mädch.-Schulmäntel für 5 Jahre, mit Plüschkragen, durchweg Stück
Mädchen-Popelinekleid für 5 Jahre durchweg Stück **4.95**

Monsieur-Anzüge, blan Harzoch, gerade oder schräg, Hose oder Jacke je-Stück
Herren-Striekhosen gute Verarbeitung Stück **1195**

Jugendliches Charmerkleid
viele schöne Farben St. **8.50**

Reizendes Tweedkleid
in hübschen Farben St. **9.50**

Kinder-Trainingsanzüge aus marineblau Trikotonstoff, warm. Qual. f. 5-6 Jahre, St. Einzelne Herren- u. Bursch.-Stoff-Kniickerbocker u. Brecoches **2.95**



Damen- und Herren-Trainingsanzüge m. Reißversch. i. all. Größ.
Herren- u. Burschen-Manchesterhosen Zwilnware, Herren 6.95 Burschen . . . **5.95**

Berufsmittel aus Robensel, etwas angestaubt
Damen-Berufsmittel schwarz, weiß und beut Stück **2.95**



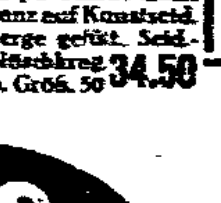
Herren- u. Burschen-Zeltstoff-Windjacke imprägniert . . . **6.95**
Herren-Kniickerbocker englisch gemusterte schöne Stoffe . . . **6.95**

Sehr schöne **Herren- u. Burschen-Stoffwesten** i. allen Größen aus verschiedenen Stoffen mit guten Anzugstoffen **2.95**



Ganz schwere Kammergarn-Striephen-Herren-Hosen, prima Ansfütterung
Herren- u. Burschen-Lodenjoppen, warm gefüttert . . . **9.95**

Jugendliche, leichte Filzkappen mit sehr hübscher, verschiedenartig. Garnierung, mit Öhrle getuppt und zweifelligen Filz. Stück **1195**



Mittlere, Damen-jugendliche u. Damen-Filzglocken mit Ripsbandgarnierung in sehr kleidsam. Formen und Farben . . . Stück **3.95**

Fasche, moderne **Filzglocken** in allen Modelfarben, well-selig verarbeitet, mit Band- und Filzgarnierung, durchweg Stück **2.50**



Große, leichte Glocken und Frauenhüte aus gute Qual. mit Band- und Agatzengarn. St. **4.95**

Max Schönfelder

Feinkost- u. Lebensmittel-Großhandlung
Breslau 1, Albrechtstraße 36.

Ich stelle gerade für diese Woche und die folgende Woche wieder **enorme Mengen diverser Waren** die ich der Zeit entsprechend auffallend billig abgeben, zum Verkauf. Aus der Fülle führe ich nachstehend an:

Siehe 30 Str. (5000 Stk.) Dauerwaft, Ia Qualität

Zerelatwaft in Weißbrot
je 250 Stk. 1.35, 1/4, Stk. 5.40
Selenwaft in Weißbrot
je 250 Stk. 1.30, 1/4, Stk. 5.25
Brotwaft in Weißbrot
je 250 Stk. 1.58, 1/4, Stk. 6.43
Klebrwaft, Brauwaft, Brot, in Hingen
je 250 Stk. 1.28, 1/4, Stk. 5.25
Echte Käsewaft, Zerelatwaft
je 250 Stk. 1.50, 1/4, Stk. 6.25
Echte Käsewaft, Zerelatwaft
je 250 Stk. 1.70, 1/4, Stk. 6.75
Leberwaft, Hinge zu ca. 300 g. à Stk. 0.50
Krautwaft (Spezialität)
Stück zu ca. 250 g. à Stk. 0.50

Siehe Anzeige für jeden Geschäfts-
Ia Rotwaft
in Dosen, prägnante Qualität
je 250 Stk. 2.95, die 1/2 kg. Dose ca. 400 g
Inhalt 0.48 Stk.

Freitag u. Sonnabend Spezialverkauf
von
Prima prima Delikatess-Güter
das Stück nur 50 Pf.

Meine Exklusiv-Spezialität
Gelochter Goldschinken
1/2 Pfund 48 Pf.

Größe Auswahl in
Süßwaren, sowie Garkäse in Del.
Spezialität heranzuführen sind:
Doppelte Zerkleinung in Dosen
1 Dose 65 Pf., 3 Dosen 1.35 Stk.

Stellung Räte

Die beehrten guten Geister zu den aller-hülfreichen Räten.

Der Vorstand für Weinliebhaber
hat begonnen, und ersucht, ohne jeden Zwang, die Mitglieder, nicht nur in seiner Eigenschaft, sondern vor allem in seiner Eigenschaft, zu unterstützen.

Max Schönfelder

Kaffee-Kaffee, Tee-Kaffee, Brau-Kaffee, Fleisch u. Fleischwaren
Breslau 1, Albrechtstraße 36

**Echte eingetragte
Kaffee-Erzeugnisse**
aus Guat. 12 Pf., 3 Guat. 28 Pf.,
10 Guat. 1.20 Stk.

Preisabbau

auf der ganzen Linie 5112

Schwarzbrot 1.10-1.30
Brot mit Honig 1.10
Brot mit 1.20 und 1.30
Brot mit 1.30
Schwarzbrot 0.75
Schwarzbrot 0.50 und 0.95
Brot mit 0.75-1.70
Z. Per. Wurst 0.25

Kochschinken 2 Pfund 48 Pf.
Nur bei Wilhelm Land Jr.
Fleischerei und Wurstfabrik
Lehngrobenstraße Nr. 2



mit großem Preisausschreiben, vielseitigen und fesselnden Beiträgen, vielen, teils mehrfarbigen Bildern, Kunstblatt und Wandkalender 1951.
Preis nur 50 Pf.
Zu beziehen:

Volkswacht-Buchhandlungen

Breslau, Neue Grapesstraße 5
Friedrich-Wilhelm-Str. 105 = Flursstraße 4.

Spottbillig kaufen Sie

Anzüge 18.50 von
Mäntel 19.50 von
Joppen 9.50 von

Altmann & Co.

Gartenstraße 82
(Nähe Hauptbahnhof)

Papierwaren

schön billig
Auch auf Bestellung!
Neuerstraße 17

Milch

Echte
Kaffee
aus Guat. 12 Pf., 3 Guat. 28 Pf.,
10 Guat. 1.20 Stk.

Gegenwart!

Wahre Freude! Mit mir
möglich, mit Spügel und
mit. Selbstständig. Teil
bieten mit. Mühe zu einem
Teilzeit ganz gepasst. 700
Lippen! Gegenwart! 24

Schlafzimmer

neuere Farben, in Eiche,
pol. Holz, Nussbaum etc.
Carl Schulz
Ring 74, I. Etage
Friedrich-Wilhelm-Str. 4

Ein Scherz

Friedrich Engels
Der Scherz enthält
aus St. 1000 Cohn.
Stück 20 Pf.
Kleinste Stückzahl.

Siehe Namen

Im Handel große
Kleinigkeiten u. a.
aus dem Ausland. Stück
Kleinste Stückzahl.

Jorns-Prozess

Preis 60 Pf.

Volkswacht-Buchhandlungen

Breslau © Neue Grapesstraße 5 © Friedrich-Wilhelm-Str. 105 © Flursstraße

Julie Bebel

geboren 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910

geboren 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910

geboren 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910

geboren 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910

geboren 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910

geboren 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910

geboren 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910
 Der 2. September 1843, gestorben 25. November 1910

gehörten zu ihren hervorragendsten Charakterzügen. Das Jahr 1882 brachte neue Verurteilungen für Bebel. Am 1. November trat er in Leipzig eine vier Monate währende Haft an.

Nach 12 langen Jahren des schamlosesten Willkürregiments ward dieser Glaube belohnt — das Sozialistengesetz fiel — und damit brach eine neue, bessere Zeit an.

Endlich können die Gehegten aufatmen, endlich hört das ewige Getrenntsein auf und Julie kann mit ihrem Mann vereint sich eines verhältnismäßig gehobenen Daseins erfreuen.

Das Ehepaar übersiedelt nach Berlin, wo es bald in einem Kreis von lieben Genossen heimisch wird. Wo immer Julie hinkommt, findet sie Sympathie und Verehrung, sehen doch alle in ihr den guten Geist des Mannes, dem die Herzen von Millionen von Proletariern, nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt entgegenhängen.

Jedoch nicht nur Genossen sind es, die das gastfreie Bebel'sche Haus bei sich empfängt, nein, aus allen Schichten der Bevölkerung soweit sie freihellich und fortschrittlich gesinnt sind, strömen Bewunderer des Mannes herbei, der sich durch seinen Mut, sein ideales Streben, sein hohes Wissen, das Bürgerrecht in der Welt des Geistes erworben.

Und auf Julie fällt naturgemäß ein Abglanz von all dieser Herrlichkeit. Jedoch weit entfernt davon, sich dadurch etwa den Kopf verdrehen zu lassen, versteht sie es, auch in dieser völlig neuen Situation ihr inneres Gleichgewicht, ihre Würde zu bewahren. Nach wie vor ist sie die einfache tüchtige Hausfrau, die besorgte Gattin und Mutter, die ihrem Mann nach Kräften hilft. So wie sie ihn ehemals in Werkstatt und Geschäft vertrat, so teilt sie heute mit ihm die Pflichten der Geselligkeit und nimmt ihm ein gut Teil seiner ins riefenhafte gewachsenen Korrespondenz ab.

War doch Bebel seit dem Erscheinen seines Frauenbuches zum Beichtvater von ungezählten Frauen geworden, für die der Sozialismus eine neue Religion bedeutete.

Und es bildet einen besonderen Ehrentitel für seine Lebensgefährtin, daß sie seine Lehren so gut verstanden und in sich verarbeitet hatte, daß sie nach ihnen zu handeln wußte. In die schwierigsten seelischen und ehelichen Konflikte vermochte die schlichte Frau sich einzufügen und mit feinem Takt und Herzensgüte verjügte sie in solchen Fällen zu raten und zu helfen. Dabei entwickelte sie ganz moderne Anschauungen und hielt sich völlig frei von spezialbürgerlichem Pharisäertum.

So würde sie auf uns, die wir uns ihre Freunde nennen dürfen, als ein Wesen voll innerer Harmonie, lebensfreudig weil sie dem Leben nichts schuldig geblieben war, so wie es auch ihr nichts erspart hatte an Leid und Freud. Sie war die wärmende Sonne von Bebel's Haus und mit der Feiterkeit, die von ihr ausging, hat sie es stets verstanden, von ihres Mannes Stirn, um mit Goethe zu reden, „die sinnenden Runzeln wegzubaden“.

So behalten wir sie im Gedächtnis als die treue Gefährtin eines der Edelsten und Besten, der seine Julie mit freudigem Stolz immer als eine ihm Ebenbürtige anerkannte.

Luisa Kautsky.

Kommt das neunte Schuljahr?

Es muß etwas geschehen gegen die Arbeitslosigkeit. Und nicht nur in Deutschland. Der Kapitalismus bringt in allen Ländern die arbeitswilligen Menschen nicht mehr von der Straße. Und nicht bloß gegenwärtig. Denn Maschinenwesen, Antreiberei, die ganze Organisation der Arbeit zum Zweck der Menschenerparnis ist veranlaßt, daß auch in Zukunft ständig große Massen auf der Straße bleiben.

Die preussische Staatsregierung hat als einen Beitrag zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit den Vorschlag auf Verlängerung der Schulpflicht um ein weiteres Jahr gemacht. Sie will das Zustromen der Vierzehnjährigen auf den Arbeitsmarkt um ein Jahr verhindern.

Wir hörten darüber einen Mann, der sich äußerte, dann könnte der Staat nur gleich auch jugendliche neue Erziehungsanstalten bauen. Denn man brauche nur einmal das Benehmen von gewissen Fünfzehnjährigen auf der Bahn zu sehen, solcher Tugens und Mädel nämlich, die vom Lande täglich mit der Bahn eine höhere Schule der Stadt besuchen. Dann habe man ein Bild, wie es wirken würde, wenn allgemein die Kinder noch ein weiteres Jahr der Arbeit entzogen blieben. Der Mann war nationalsozialistisch beeinflusst. Er hat Unrecht mit seiner Anschauung. Zugegeben, daß es die ungezogenen Kinder auf der Bahn, wie er sie meinte, vielleicht fast überall gibt. Aber es sind Bürgerkinder. Sie benehmen sich rüde in der dritten Klasse, worin die einfachen Leute fahren. Ihr Benehmen ist vielleicht ein Abbild des Hochmuts und der Geringschätzung, womit gewisse Bürgerleute vielfach dem einfachen Arbeitervolk begegnen. Proletariatskinder im allgemeinen würden sich besser benehmen.

Daß jener nationalsozialistisch beeinflusste Mann Unrecht haben muß geht schon daraus hervor, daß in Schleswig-Holstein das neunte Schuljahr als Pflichtschuljahr für Knaben seit langem besteht. Es wird niemand im Ernst behaupten daß es die dortigen Knaben reif für die Erziehung ansahnt macht. In anderen Teilen Deutschlands, z. B. in Bayern, ist noch nicht die achtjährige Schulpflicht restlos durchgeführt. Und wiederum wird niemand behaupten, daß die bairischen jungen Menschen in Punkt Gesittung über die Schleswig-Holsteiner gehen.

Es ist bezeichnend, daß man sich mit der Frage der Schulpflichtverlängerung als einem Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch in England und in den Vereinigten Staaten Nordamerikas befaßt. Das englische Unterhaus stimmte schon in zweiter Lesung einem Gesetz zu, durch das in England und Wales 400 000 Kinder ein weiteres Schuljahr hinzubekommen sollen.

Sicherlich würde die Festhaltung der Kinder bis zum fünfzehnten Jahre in der Schule eine begrenzte Entlastung des Arbeitsmarktes bringen. Und es ist ferner auch wohl gewiß, daß das heutige Berufsleben im allgemeinen größere Anforderungen schon an die Vierzehnjährigen stellt, als dies früher der Fall gewesen ist. Dies aber fällt für unsere Kriestinder — und das sind unsere jetzt Vierzehnjährigen — erst recht ins Gewicht. Ihre schlimmsten Kinderjahre dürfen zumindest körperlichen Schaden hinterlassen haben, so daß den jetzt Vierzehnjährigen noch ein weiteres Jahr Schonzeit von der Arbeit sehr dienlich ist zur körperlichen Festigung.

Was kann das neunte Schuljahr bestimmen sein, wenn es in Form und Inhalt das Gesicht erhält, daß es die Kinder der Wirklichkeit, den verschiedenen wertvollen Berufen, überhaupt dem Leben, näher bringt, als die vorhergegangenen acht Schuljahre dies vermochten.

Es könnten, örtlich verschieden, die verschiedensten wichtigsten Berufszweige befaßt, näher kennen gelernt werden. Es könnte Werkunterricht in der Schule gegeben werden, für Knaben anders als für Knaben. Das neunte Schuljahr müßte der allgemeinen Bildung durch die acht Jahre eine direktere, praktische Bildung fürs Leben hinzufügen. Die ländliche Bevölkerung müßte dabei vielleicht vielfach anders als die Stadt- und Industrievölkerung gefaßt werden.

Das Wie, die Gestaltung des Lehrplanes eines neunten Schuljahres, zu treffen, wäre Sache näherer Kräfte und Instanzen. Hier sei nur angedeutet, daß es auch Sache des Kampfes der Weltanschauungen sein wird. Denn außer Werk- und Hauswirtschaftsunterricht und der dazu geeigneten Methode würde in den Lehrplan z. B. auch einzuziehen sein Gesundheitslehre, aber auch verschiedenes

von Staatsbürgerkunde und auch von Volkswirtschaft. Schon diese Andeutungen zeigen, daß sich ein Ringen der freieren Anschauungen gegen die kapitalistische Orientierung sowie gegen die alten pruden kirchenreligiösen Tendenzen abspielen muß. Denn nicht nur Kenntnisse für die Hand, zum Uebergang ins Berufs- und Arbeitsleben, wird ein neuntes Schuljahr vermitteln. Es wird auch ein Bildungsjahr, ein Jahr der Gesinnungsbildung sein, Kopf, Herz, Gemüt, Lebensanschauung und Lebensstreben stärker nach einer bestimmten Richtung gezogen werden, als dies in den vorherigen acht Jahren geschehen ist. Die Religionen, der Katholizismus und der Protestantismus werden all ihre Kräfte nach dieser Richtung hin einlegen. Für sie ist die grundsätzliche weltanschauliche Seite nicht das Unwichtigste am neunten Schuljahr. Die katholische Schulorganisation Deutschlands besaß sich schon damit. Die Lehrvereinigungen, die uns näher stehen, werden nicht zurückbleiben. Und die auf unserem Boden stehende Jugendpflege geht die Frage ebenfalls an.

Nicht minder aber die Männer und Frauen. Je länger die Schulbeeinflussung, also die staatliche Beeinflussung der Kinder dauert, umso mehr berührt dies auch das Interesse des Elternhauses, ja der Familie. Und sozial desgleichen. Die Berücksichtigung der Lage der minderbemittelten, der linderreichen und armen Eltern verlangt noch mehr als bisher Verehrung, Elternunterstützung, freie Bildungsmittel, dazu Bereitstellung von Lehrwerkstätten für Werkunterricht — schon sehen wir, wie die Frage eine Finanzfrage wird, zumal bei der trüben Finanzlage unserer Gemeinden. Es ist in aller Ganzheit eine politische Frage.

Und es ist auch keine Frage von vorübergehender Bedeutung. Wenn das neunte Schuljahr einmal eingeführt, so wird es in absehbarer Zeit nicht wieder rückgängig gemacht. Und es ist ebenfalls keine allein preussische Frage. Seine Einführung in Preußen allein würde gegenüber den anderen deutschen Ländern, Sachsen, Bayern usw. Verschiedenheiten, und damit Schwierigkeiten, von bildungspolitischer sowie wirtschaftlicher Art hervorbringen, daß auch alle anderen deutschen Länder in dieser Frage nicht beim Alten beharren könnten. Es geht deshalb das Reichs ganze an. Und unsere Partei und unsere Frauen insbesondere.

Wir haben das Interesse, daß die Kinder im neunten Schuljahre einen möglichst wahrhaften Blick für die Wirklichkeiten des Lebens bekommen, nicht einen nationalitätlich oder kirchenreligiös abgelenkten. Gelingt es uns dabei, in die Kinder auch schon einen Keim von sozialistischen Grundüberzeugungen zu verpflanzen, so ist das neunte Schuljahr erst recht gesund, weil die grundsätzliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erst durch den Sozialismus erfolgen wird. In ihm entfalten sich auch zugleich die besten Kräfte der Menschennatur.

Wir Frauen sollten uns für die Gestaltung der Frage des neunten Schuljahres ganz hervorragend mitinteressieren.
 Wilhelmine Kästler.

Der Handschuh einst und jetzt

Gerade heute, wo die Frauenmode sich wieder mehr dem betont Weiblichen nähert, wo Spitzen und Rüschen, Falbeln und Volants die strenge Linie verschwinden lassen, hat auch der Handschuh wieder jene Bedeutung erlangt, die er in früheren Zeiten als modisches Beiwerk genoss. Sehr interessant wirkt darum eine kleine in Berlin veranstaltete Ausstellung „Der Handschuh einst und jetzt“. In hübschen Glasvitrinen liegen alle jene zierlichen, mit viel Mühe und Geschick gearbeiteten Handschuhbestellungen vergangener Jahrhunderte. Wie bei jeder Modebetrachtung kann man auch bei diesem historischen Rückblick feststellen, daß jede Modeperiode nur Nachahmungen, höchstens Verbesserungen früherer Moden darstellt. So finden wir die moderne Einspe, gestickt, bemalt oder gestanzt, bereits in der Handschuhmode von anno dazumal, daneben Handschuhe aus feinstem leinenen Gewebe mit Goldstickerei, aus geschäftigem, gemachtem oder gesticktem Material, wie sie hauptsächlich die Siedermeierzeit bezugte.

Die französische Handschuhmode des 19. Jahrhunderts zeigt Handschuhe aus feinstem Schwedenleder mit Spitzeneinsätzen, dazu zierliche, handbemalte, hölzerne Handschuhkäppen. England zieht den etwas derberen Wolllederhandschuh vor, der für festliche Gelegenheiten mit Zelfrausen, Goldstickerei oder Brokat verziert ist. Alte Bilder und Stiche bieten eine wirkungsvolle Illustration früherer Modelaunen und Modetorheiten; man sieht, welche große Rolle der Handschuh im Dienste der weiblichen Kofetterie gespielt haben muß, wie er lässig in der Hand getragen, halb aufgestreift, oder gerade zugeknöpft wird, und wie das dargestellte weibliche Modell immer die Aufmerksamkeit darauf zu lenken weiß.

Noch größeren Ruhm als die gefällige Weiblichkeit liebten aber die männlichen Repräsentanten kaalischer oder kirchlicher Würden verflorenen Zeiten. Wahre Prachtstücke, wenn auch nicht gerade im Sinne des Geschmacksvollen, sind Bischofshandschuhe (England; 14. Jahrhundert) aus rotem Samt, reich mit Edelsteinen, Perlen und Metallstickereien verziert, daneben Krönungshandschuhe mit dem handgemalten Porträt des Trägers. Als Gegenstück erscheinen die eisenbesetzte Ritterhandschuhe aus dem 15. Jahrhundert oder der derbe, unförmige Handschuh des Lappen aus Kenntierfell, genäht mit einer aus Knochen hergestellten Kadel und aus Sehnen gewonnener Garn. Dieser Handschuh der nordischen Völker hat sich bis auf den heutigen Tag wenig oder gar nicht verändert.

Gleichnis von der Kahlspuppe

Vas den „Gedichten in Prosa“ von Targenjew

Der einzige Sohn einer alten Witwe, einundzwanzig Jahre alt und der beste Arbeiter im Dorfe, war gestorben. Die Besitzerin dieses Dorfes, die Gutsherrin, hörte von dem Kummer der Frau und beschloß, sie am Tage des Begräbnisses noch zu besuchen. Sie traf sie dabei an. Die Frau stand in der Mitte ihrer Hütte vor dem Tische und schöpfte ohne Haß mit gleichmässiger Bewegung mit ihrer rechten Hand (die Linke hing schlaff herunter) aus einem rauchgeschwärzten Topfe eine dünne Kahlspuppe, von der sie einen Löffel nach dem anderen schluckte. Bergmüt und trübe war das Gesicht der Alten. Ihre Augen waren gerötet und verdimmt. . . aber sie hielt sich aufrecht und gerade wie in der Kirche.

„Gott!“ dachte die Dame, „sie kam in einer solchen Minute essen. Wie roh empfinden doch alle diese Menschen!“ Dabei erinnerte sich die Dame, wie sie selbst vor einigen Jahren, als sie ihr dreiviertel Jahre altes Töchterchen verlor, darauf verzichtet hatte, eine prächtige Villa bei Petersburg zu mieten, und den ganzen Sommer in der Stadt verlebt hatte!

Die Alte aber fuhr fort, ihre Suppe zu löffeln. Schließlich verlor die Dame die Geduld. „Tajjana!“ rief sie. „Um Himmelswillen! Ich muß mich doch sehr wundern! Ja — hast du denn deinen Sohn gar nicht geliebt? Wie ist es nur möglich, daß du nicht einmal deinen Appetit verloren hast! Wie kannst du nur Kahlspuppe essen?“

Seine erwiderte die Alte: „Mein Bafja ist tot.“ Und wieder rollten schmerzliche Tränen über ihre eingefallenen Wangen. Das bedeutet, daß auch mein Ende gekommen ist. Der Kopf haben sie mir abgerissen — bei lebendigem Leibe. Deswegen kann ich doch aber die Kahlspuppe nicht fortzuschütten — es ist doch Salz daran!“

Die Dame sagte nur die Worte und ging fort. Für sie war ja Salz eine so billige Sache. (Übersetzt von Kurt Richter.)

